

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mfr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Musikinstrumentenarbeiter, aufgewacht!

x. I. Ein Blick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes läßt erkennen, daß wir uns gegenwärtig in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges befinden. Für die Holzindustrie zeigen die hohen Arbeitslosenziffern in vielen Großstädten, wie weit die Krise bei uns um sich gegriffen hat. Kaum eine der vielen zur Holzindustrie gehörigen Berufsgruppen ist vorhanden, wo sich die Wirkungen der Krise nicht mehr oder minder bemerkbar machen.

Auch in der Musikinstrumentenindustrie ist der Geschäftsgang schlechter geworden. Wie leicht erklärlich ist, wird in der Zeit der Krise in erster Linie die Nachfrage nach Gegenständen, die nicht unbedingt als notwendige Bedarfsartikel anzusehen sind, geringer werden. Die deutsche Musikinstrumentenindustrie ist aber, im Gegensatz zu den meisten anderen Berufen der Holzindustrie, nicht allein auf den Absatz im Inlande angewiesen; ein erheblicher Teil ihrer Erzeugnisse geht ins Ausland. Der Export hat von Jahr zu Jahr immer größeren Umfang angenommen. Es ist nun bemerkenswert, daß trotz der unsicheren politischen Lage, verursacht durch die Balkanwirren, die Ausfuhr von deutschen Musikinstrumenten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine weitere Steigerung erfahren hat. Nach den Angaben des Statistischen Amtes betrug der Wert der exportierten Musikinstrumente im ersten Halbjahr 1913 39 801 000 Mfr., während im gleichen Zeitraum des Vorjahres für 35 970 000 Mfr. Musikinstrumente ausgeführt wurden. Die Hauptbranche der Musikinstrumentenindustrie, die Fabrikation von Flügeln und Pianos, ist daran mit der Summe von 23 119 000 Mfr. beteiligt. Der Wert der ausgeführten Klaviere und Flügel im ersten Halbjahr 1912 betrug dagegen 21 210 000 Mfr. Bei einer genaueren Durchsicht der Exportziffern stellt sich dabei noch heraus, daß sich gerade im Monat Juni, wo hier der Pianohandel ganz stillliegt, die Ausfuhr gegen das Vorjahr ganz wesentlich gehoben hat. Den Unternehmern der deutschen Musikinstrumentenindustrie war es also möglich, gestützt auf die billigen Herstellungskosten, ihre dominierende Stellung auf dem Weltmarkt auch unter ungünstigen Umständen zu befestigen und zu erweitern.

Trotzdem hiernach die Lage der Musikinstrumentenindustrie als gute bezeichnet werden kann, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft durchaus keine guten zu nennen. Nach der vom Verbandsvorstand im Vorjahre herausgegebenen Broschüre „Erhebungen aus der Musikinstrumentenindustrie“ sind die Löhne vielfach niedrig, manchmal sogar miserabel. Eine Reihe von Mißständen sind in den Betrieben anzutreffen, die in anderen Berufen längst ausgerottet sind. In einer ganzen Reihe von Orten sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Musikinstrumentenarbeiter schlechter, wie in den verwandten Branchen. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Pianofabrikanten häufig über Mangel an eingearbeiteten Leuten klagen. Eine durch Tarifvertrag festgelegte Regelung der Verhältnisse besteht nur in einem Bruchteil der Orte. In manchen Orten sind die Musikinstrumentenarbeiter noch so weit zurück, daß ihnen seitens der Unternehmer jedes Mitbestimmungsrecht, wie es in der Anerkennung der Organisation zum Ausdruck kommt, verweigert wird.

Die Musikinstrumentenarbeiter gehören im allgemeinen nicht zu den regsameren, jederzeit vorwärts drängenden Elementen unseres Verbandes. Stumpfsinn und Gleichmut finden bei ihnen eher eine gastliche Stätte. Sie haben oft genug gute Konjunkturen vorübergehen lassen, ohne an die Hebung ihrer Lage zu denken. So manches Mal haben sie bei gutem Geschäftsgang durch unmäßig langes Ueberfeiern abendarbeiten gedankenlos die bestehenden Mißstände noch befestigen helfen. Dann haben sie sich wieder in der flauen Geschäftskonjunktur von den Fabrikanten Verschlechterungen aufzwingen lassen, ohne ernstlichen Widerstand zu leisten. Ferner ist es vorgekommen, daß sie in einzelnen Fällen durch ihre Nachlässigkeit und Lauheit nicht in den vollen Genuß der ihnen durch Vertrag zugesicherten Vorteile u. d. Erwerbschancen gelangt sind.

Wenn die Kollegen aus der Musikinstrumentenindustrie ein wenig über ihre Lage nachdenken, werden sie zu der Einsicht kommen, daß die Musikinstrumentenarbeiter alle Ursache haben, in Zukunft die Wahrnehmung ihrer Interessen lebhafter und energischer zu betreiben als bisher.

Im März dieses Jahres hat der Holzarbeiter-Verband eine Bewegung zu Ende geführt, welche einem großen Procentsatz seiner Mitgliedschaft nicht unwesentliche Verbesserungen durch Abschluß neuer Verträge gebracht hat. Durch die erfolgreiche Durchföhrung dieser großen Tarifbewegung

ist der Verband nun in den Stand gesetzt, mit desto größerem Nachdruck und desto größerer Aufmerksamkeit an der Hebung der Lage der übrigen Verbandsmitglieder zu arbeiten. Auch uns Musikinstrumentenarbeitern wird gegebenenfalls die ganze Stofkraft des Verbandes und sein großer Einfluß zur Verfügung stehen. Nach den bisherigen Leistungen des Verbandes auf dem Gebiete der Lohnbewegung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch in Zukunft die von ihm eingeleiteten Bewegungen Erfolge erzielen werden. Zudem befinden sich die Musikinstrumentenarbeiter nach mancher Richtung hin in einer viel günstigeren Position den Unternehmern gegenüber als andere Holzarbeiter.

Es liegt also an uns, wir brauchen nur zu wollen! Die Vorbedingung für das sichere Gelingen einer gewerkschaftlichen Aktion ist aber, daß die in Frage kommenden Arbeiter samt und sonders organisiert sind. In dieser Beziehung sieht es in der Musikinstrumentenbranche leider nicht gerade sehr erfreulich aus. Es gibt wohl kaum eine Fachstelle unseres Verbandes, wo alle beschäftigten Musikinstrumentenarbeiter organisiert sind. Selbst in manchen Orten, wo Tarifverträge abgeschlossen sind, läßt die Organisation zu wünschen übrig. Und doch ist es auch dort nur durch eine straffe Organisation möglich, die Unternehmer zur vollen Erfüllung der vertraglichen Bedingungen zu veranlassen.

Wenn wir Musikinstrumentenarbeiter ernstlich an eine Hebung unserer Lage herangehen wollen, müssen wir zunächst die Organisation ausbauen. Dieser Aufgabe muß sich jetzt jeder aufgeklärte Musikinstrumentenarbeiter mit vollem Eifer und ganzer Hingabe widmen. Die gegenwärtige Zeit ist besonders geeignet für eine lebhafte und umfassende Agitation unter der Arbeiterschaft der Musikinstrumentenindustrie. Der Sommer, die stille Saison in unserer Industrie, geht dem Ende entgegen. Wie alljährlich um diese Zeit, beginnt sich schon die gute Geschäftskonjunktur bemerkbar zu machen. Und wenn auch in verschiedenen Betrieben diesmal noch nicht ein so stotter Geschäftsgang eingeseht hat wie sonst, so ist doch ein Aufschwung in der Musikinstrumentenbranche nicht zu verkennen. Die Arbeiter atmen wieder etwas freier und sind für den Organisationsgedanken empfänglicher.

Im November des Vorjahres traten Delegierte der Musikinstrumentenbranche aus allen Gauen Deutschlands zusammen, um über die Interessen der Musikinstrumentenarbeiter zu beraten. Dort kam der feste Wille zum Ausdruck, die Bewegung unter den Musikinstrumentenarbeitern schneller als bisher vorwärts zu treiben. Sorgen wir nun alle dafür, daß die Früchte jener Konferenz recht bald für uns reifen mögen; arbeiten wir nun alle im Sinne jener Beratungen!

Deshalb, Kollegenschaft aus der Musikinstrumentenindustrie, fort mit der Schlämm- und Ungeäuertans Werk zum Aufbau und Ausbau unserer Organisation!

Das Taylor-System.

(Schluß.)

Es ist begreiflich, daß die begeisterte Schilderung eines Systems, die Produktivität der Arbeit in so hohem Maße zu steigern, bei unseren Unternehmern lebhaftes Interesse erweckt. Taylor unterläßt es auch nicht, die Vorteile ins hellste Licht zu rücken, welche sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer, vor allen Dingen aber die Volkswirtschaft aus der Anwendung seines Systems ziehen würde.

Der Unternehmer, der das Taylor-System in seinem Betriebe einführt, wird allerdings hierbei an den Nutzen, der der Volkswirtschaft geleistet wird, an letzter Stelle denken. Daß die Allgemeinheit, die Konsumenten die Waren billiger erhalten, interessiert ihn wenig, ihm ist es nur darum zu tun, den eigenen Profit zu erhöhen. In der Tat haben wir gesehen, daß die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter in ganz überwiegendem Maße dem Unternehmer zugute kommt. Bei den mitgeteilten Beispielen steigert sich die Leistung des Arbeiters um 300 bis 400 Prozent, aber sein Lohn ist nur um 60 bis 100 Prozent erhöht worden. Taylor gibt auch eine sehr menschenfreundliche Begründung für den Grundsatz, den Lohn der Arbeiter nicht zu stark zu erhöhen. Er hat gefunden, daß, wenn ihr Lohn über 60 Prozent erhöht wird, so arbeiten sie vielfach unregelmäßig, neigen mehr oder minder zur Unzuverlässigkeit, Verschwendung und Bergnügungssucht. Unsere Untersuchungen zeigten mit anderen Worten, daß es für die meisten kein Glück ist, zu schnell reich zu werden. Das gilt natürlich nur für die Arbeiter, und Taylor kann sicher sein, daß er besonders für diese Lehre bei den Unternehmern nollas Verständnis finden wird.

In vielen Stellen seines Buches betont der Verfasser, daß es nicht der Zweck seines Systems ist, die Arbeiter zu überanstrengen. „Es soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden“, heißt es an einer Stelle, „daß der Arbeiter keinesfalls zu einer Schnellarbeit angehalten werden darf, die seiner Gesundheit schaden könnte. Das Pensum ist immer so festgesetzt, daß es durchaus nicht etwa ein Maximum darstellt, sondern daß der Mann, der sich für diese bestimmte Tätigkeit am besten eignet, im Laufe der Zeit sich noch wesentlich vervollkommen und zufriedener und wohlhabender werden kann und wird.“ In der Theorie nehmen sich solche Grundsätze sehr schön aus, die Praxis spricht aber anders, und die Triebfeder für die Einführung des Taylor-Systems ist es doch gerade, aus dem Arbeiter alles das herauszuholen, was irgend aus ihm herauszuholen ist. Wer sich darauf kapriziert, dem wird es den geringsten Kummer bereiten, die Grenzen zu respektieren, welche die Rücksicht auf die Gesundheit des Arbeiters vorschreibt.

Aber die Voraussetzung, von der Taylor ausgeht, ist schon falsch. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter im allgemeinen mit ihren Leistungen zurückhalten, daß sie sich von der Arbeit drücken. Taylor verwendet großen Fleiß darauf, dieses „Sichdrücken“ als eine allgemeine Erscheinung nachzuweisen. Er schreibt z. B.: „Es allgemein verbreitet ist gerade dieses „Sichdrücken“, daß sich kein guter Arbeiter in einem größeren Unternehmen mit dem gewöhnlichen Lohnsystem finden läßt, der nicht einen beträchtlichen Teil seiner Zeit darauf verwendet, ausfindig zu machen, wie langsam er arbeiten kann, um trotzdem bei seinem Arbeitgeber den Eindruck zu erwecken, er arbeite in flottem Tempo.“ Solche Gedanken werden bei unseren Scharfmachern eifrige Nachbeter finden, aber sie sind grundfalsch. Es mag Einzelfälle geben, wo ein solches bedächtiges, langsames Arbeiten möglich ist, aber sie sind sehr selten. Im allgemeinen muß der Arbeiter bei der Arbeit seine ganze Kraft hergeben und sich auf das äußerste anstrengen, um sein Pensum zu leisten.

Das Meisten eines vorgeschriebenen Pensums ist eines der Merkmale des neuen Systems; wir haben es aber, wenn auch in anderer Form, jetzt schon. Der Akkordarbeiter muß eine gewisse Menge von Arbeit leisten, um seinen Lohn zu verdienen. Durch fortgesetzte „Preisregulierungen“ suchen die Unternehmer dieses Pensum zu steigern. Ein außerordentlich leistungsfähiger Arbeiter wird gern bei der Preisfestsetzung als Maßstab genommen; die anderen müssen sich auf das äußerste anstrengen, um mit diesem Gewaltmenschen einigermaßen Schritt zu halten. Wer das nicht fertig bringt, der „fliegt“, denn der Unternehmer ist ein „humaner“ Mann, er will, daß seine Arbeiter im Akkord recht viel verdienen. Der Arbeitsplag, an dem nicht genug verdient wird, rentiert sich nicht für den Unternehmer; er stellt an diese Stelle lieber einen leistungsfähigeren Arbeiter. Nicht geringer ist die Hege in den Betrieben, in denen in Zeitlohn gearbeitet wird. Verfügt der Unternehmer nicht selbst über genügende Fachkenntnisse, dann stehen ihm genügend Meister und Werkführer zur Verfügung, die genau wissen, in welcher Zeit das Arbeitsstück fertiggestellt sein kann. Der Arbeiter, der sich im Vertrauen darauf, daß ihm sein Wochenlohn sicher ist, von der Arbeit drückt, wird sehr bald an die Luft gesetzt. Es ist also nichts mit dem „Sichdrücken“. In der Regel muß der Arbeiter bis zur völligen Erschöpfung arbeiten, ohne Rücksicht auf die Erhaltung seiner Gesundheit. Nur zu oft zwingt ihn die Not des Lebens, sich auch dann noch zur Arbeit zu schleppen, wenn er sich krank fühlt. Das Anschwellen der Krankenziffern in Zeiten größerer Arbeitslosigkeit spricht eine beredete Sprache.

Sympathisch berührt an dem Taylor-System nur das Streben, die Arbeit möglichst leicht zu machen. Die Vervollkommenung der Maschinen, das Erfinden neuer Arbeitsmethoden mittelst welcher die physische Anstrengung auf ein Mindestmaß herabgedrückt wird, ist nur zu begrüßen. Wenn dabei das Handwerk in der Form, wie wir es gelernt und wie es unsere Vorfahren betrieben haben, verschwindet, dann mag das vielleicht sentimentale Seelen traurig stimmen. Wer den Fortschritt der Menschheit als erstrebenswertes Ziel betrachtet, wird sich damit abfinden, und er wird es um so leichter, als wir uns ja ohnehin mitten in einer technischen Revolution befinden. Die Maschine nimmt dem Menschen immer mehr Verrichtungen ab. Manche ehemals blühende Handwerke sind schon völlig verschwunden, anderen macht die Maschine eine erfolgreiche Konkurrenz, und die Tendenz ist darauf gerichtet, die Maschinen immer weiter zu vervollkommen, die Handarbeit in immer größerem Maße überflüssig zu machen. Was Taylor in dieser Beziehung lehrt, unterscheidet sich von der

tät als in der Quantität. Wenn der Scharfsinn unserer Forscher sich in noch stärkerem Maße der Vervollkommnung der Maschinen und der Verbesserung der Arbeitsmethoden zuwendet, dann kann man ihnen Arbeiten nur den besten Erfolg wünschen.

Der Fortschritt der Maschinentechnik führt zu Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft; jede neue Maschine macht eine Anzahl Arbeiter überflüssig. Für die Betroffenen ist das im Augenblick schmerzhaft, wir sind aber weitsichtig genug, um zu erkennen, daß die Entwicklung der Technik der Menschheit zum Segen gereicht. Die Zeiten, in welchen die Arbeiter die neuankommenden Maschinen zertrümmerten, weil sie in ihnen den Feind sahen, der ihnen das Brot nimmt, sind vorüber. Wir bekämpfen aber das Taylor-System aus einem anderen Gesichtspunkt. Taylor will nicht nur die Maschine verbessern und dem Arbeiter seine Arbeit erleichtern, er will den Arbeiter völlig zur Maschine machen. Sein System hat eine auf das äußerste getriebene Arbeitsteilung zur Voraussetzung. Der Arbeiter soll nicht mehr denken, das besorgt das Meer der technischen und wissenschaftlich geschulten Beamten. Diese haben auf dem Instruktionstafel all das niedergeschrieben, was sie als die rationellste Arbeitsmethode ausgeklügelt haben. Die Fußstellung, die Körperhaltung des Arbeiters, jeder Handgriff ist ihm vorgeschrieben, und für jeden Bruchteil seiner Tätigkeit ist die Zahl der Minuten und Sekunden im voraus berechnet, in welchen sie beendet sein muß. Taylor rechnet mit „erstklassigen Arbeitern“. Wer das Pensum nicht leisten kann ist nicht erstklassig und wird ausgemerzt. Für solche geistlose Treitmühlenarbeit ist eine Steigerung des Lohnes um 80 bis 100 Prozent doch nur ein schwaches Äquivalent. Eine intelligente, selbstbewußte Arbeiterschaft wird sich zu solchen Experimenten nicht hergeben.

Dieses Moment hat Taylor in Rechnung gezogen. Bei seinem System ist für die Organisation der Arbeiter kein Raum. Immer wieder betont er, daß zunächst ein Mann ausgesucht werden muß, an welchem mit dem Experimentieren begonnen wird. Nur mit einem einzigen Arbeiter auf einmal sollte man sich im Anfang beschäftigen. Bevor dieser nicht völlig davon überzeugt ist, daß ihm ein großer Nutzen aus dieser neuen Methode erwachsen ist, sollte an keine weiteren Änderungen gegangen werden.“ Der Zusammenhalt unter den Arbeitern muß also systematisch untergraben werden. Einer nach dem anderen soll durch die Aussicht auf einen höheren Lohn dazu gebracht werden, auf seine Menschenwürde zu verzichten und mehr noch, als es seither schon der Fall war, sich als geistloses Rad in den Mechanismus des Betriebes einzufügen.

Eine solche Arbeiterschaft, die auf ihr Denkvermögen verzichtet, die ohne aufzublicken arbeitet und keinen höheren Gehalt kennt, als das Pensum zu erfüllen und so den Profit des Unternehmers zu erhöhen, dürfte für das Unternehmertum ein Joch sein. In Betrieben, in welchen die Arbeiter so dressiert sind, dürfte in der Tat, wie Taylor erzählt, bestes Einvernehmen zwischen Leitung und Angestellten herrschen und Arbeitsstreitigkeiten irgendwelcher Art oder gar ein Streik ausgeschlossen sein. Aber dieses gute Einvernehmen ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß sich Unternehmer und Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren gegenübersehen, die sich gegenseitig achten und sich über auftauchende Meinungsverschiedenheiten verständigen. Unter dem Taylor-System sind die Arbeiter starknackte, gut genährte aber dumme Sklaven; erwachsene Kinder, die keinen selbständigen Schritt gehen können.

Die amerikanischen Unternehmer sind außerordentlich praktische Leute, die sich von Gewissensskrupeln nicht peinigen lassen, wenn ihnen ein Vorteil winkt. Angesichts dessen ist es doch ein recht bescheidenes Erfolg, daß in den 30 Jahren, die für das Taylor-System Propaganda gemacht wird, diese Betriebsweise erst für etwa 5000 Arbeiter eingeführt ist. Das will bezeugen, daß die Geschichte doch noch manchen Seiten hat. Noch weniger als für Amerika, eignet sich aber das angepriesene System für Deutschland. In Heterie und Antreiberei bei der Arbeit fehlt es hier schon seither nicht, die neuen Methoden sind also entbehrlich, und schon aus Selbstachtung werden die deutschen Arbeiter etwaigen Versuchen, die für das Taylor-System charakteristischen Methoden in den Betrieben zur Einführung zu bringen, schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Arbeitslosenfürsorge.

Die Arbeitslosigkeit hat, besonders in den Großstädten, einen so riesigen Umfang angenommen, daß selbst die Arieße, die sonst gern behaupten, jeder, der arbeiten wolle, fände auch Arbeit, nicht mehr an dieser Erscheinung vorübergehen können. Der Aufmarsch der Arbeitslosen, die Konzentration der Latsche, daß jetzt, im Hochsommer, allein in Berlin 5000 Arbeiter beschäftigungslos sind, hat die Seher in Bewegung gebracht. Man hat die Nichtigkeit der angegebenen Zahl bezweifelt, aber selbst wenn es einige Tausend weniger wären, läßt sich doch die Tatsache nicht bestreiten, daß der Bedarf schon einen hohen Grad erreicht hat, und daß für den kommenden Winter das schlimmste befürchtet werden muß.

Die statistischen Zahlen geben aber allein noch gar kein richtiges Bild von dem Umfang und der Schwere des Notstandes. Der das Elend der Arbeitslosigkeit noch nicht am eigenen Leib verspürt hat, ist gar nicht imstande, sich eine richtige Vorstellung davon zu machen, was es heißt, zehn, zwanzig Wochen lang erbeitslos zu sein. Die wenigen Tragödien, sofern es überhaupt möglich war, solche anzu-

sammeln, schmelzen nur zu schnell zusammen. Der Verbrauch an Lebensmitteln wird auf das Äußerste eingeschränkt, bald reicht es nur noch zu Brot und sogenanntem Kaffee, und mancher wäre froh, wenn nur diese allerbestehendsten Nahrungsmittel regelmäßig vorhanden wären. Sorgenvoll verläßt der Familienvater morgens sein Heim, das diesen Namen kaum noch verdient. Alles was irgend entbehrlich war, ist ja längst ins Leihhaus oder zum Althändler gewandert. Wenn er abends müde und abgespant von der vergeblichen Suche nach Arbeit seine lahle Stube betritt, dann vergrüßelt er wohl den eigenen Hunger, wenn er das verhärmte Gesicht der Frau, den enttäuschten Blick der Kinder auf sich gerichtet sieht, die wieder vergeblich darauf gewartet haben, daß der Vater Arbeit findet und nun wieder regelmäßig Brot ins Haus kommt. Dieses Bild ist nicht übertrieben, in Tausenden von Fällen wiederholt es sich und wenn da und dort ein Unglücklicher, der das Elend bis zur Hufe ausgekostet hat, in der Verzweiflung Hand an sich legt oder gar die ganze Familie mit sich in den Tod nimmt, dann ist eine solche Schreckensstat nur zu verständlich; man muß sich nur wundern, daß die Selbstmorde aus Nahrungsorgen nicht noch viel häufiger vorkommen als es ohnehin der Fall ist.

In solchen Elendszeiten ist es allein die Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern einen Rückhalt gewährt. Der Betrag der Arbeitslosenunterstützung ist zwar im Einzelfall bescheiden, er reicht knapp zur Befriedigung der allerdringendsten Bedürfnisse und er kann auch nur für eine beschränkte Zeitdauer gewährt werden, aber wer das Elend der Arbeitslosigkeit aus eigener Erfahrung kennt, der weiß den Wert der Arbeitslosenunterstützung zu würdigen und er hat mit Bangen den Tag herankommen sehen, an dem er ausgesteuert und damit des letzten Halbes beraubt ist. Aber noch sind in Deutschland die Gewerkschaften, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die einzigen Organe, die sich der Arbeitslosen annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften ist ein Akt der Selbsthilfe; die Summen, die für diesen Zweck aufgewendet werden, haben die Arbeiter selbst aufgebracht. Die öffentlichen Gewalten, das Reich, die Bundesstaaten und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch die Gemeinden verhalten sich gegenüber der so wichtigen Frage der Fürsorge für die Arbeitslosen gleichgültig.

Die Auffassung, als ob sich die Staatsgewalt um solche Fragen nicht zu kümmern habe, kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Es ist nicht vom guten Willen des Arbeiters abhängig, ob er Beschäftigung hat oder nicht. Die Zeiten der Hochkonjunktur bringen wohl den Kapitalisten Gewinn, und Reich, Staat und Gemeinde wissen einen Teil des goldenen Segens in ihre Kassen zu leiten, aber für den Arbeiter bedeutet die Prosperitätsperiode nur vermehrte Arbeitslosigkeit; sie können bei den bescheidenen Löhnen keine Rücklagen machen, die es ihnen ermöglichen, sich über die Krisenzeiten hinwegzuhelfen. Die kapitalistische Produktionsweise bedingt es, daß Zeiten flotten Geschäftsganges mit Krisenzeiten abwechseln. Es widerspricht aber dem Gerechtigkeitsgefühl und der gesunden Vernunft, daß die Arbeitermassen von dem Gewinn der Prosperitätsjahre so gut wie ausgeschlossen werden, während die Not der Krisenzeit mit aller Wucht auf ihnen lastet.

Reich, Staat und Gemeinden haben die Pflicht, für die Arbeitslosen zu sorgen, sie müssen verhindern, daß die Massen, die alle Werte schaffen, bei einem Konjunkturmöhl dem Elend überantwortet werden. Man verweise uns nicht auf die Armenunterstützung mit ihren niederdrückenden Einrichtungen, deren Inanspruchnahme mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verknüpft ist. Dem Arbeiter muß ein Rechtsanspruch auf staatliche Fürsorge im Falle der Arbeitslosigkeit eingeräumt werden.

Als kürzlich vom Magistrat in Neufahrn an den Zweckverband Groß-Berlin der Antrag gestellt wurde, für alle diesen Wirtschaftsgebiet angegliederten Gemeinden eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, da wurde darauf hingewiesen, daß der Zweckverband auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht befugt sei, an die Lösung dieses Problems heranzutreten. Das wäre eine sehr billige Ausrede und es bleibt abzuwarten, ob sie sich die maßgebenden Instanzen zu eigen machen. Diese Anregung, eine Arbeitslosenversicherung auf etwas breiterer Basis zu errichten, hat aber schon den Jorn der Schärferer erregt. In allen Tonarten wird gegen die gemeindliche bzw. staatliche Arbeitslosenversicherung gehetzt. Wir wollen uns aber durch solche Heterieen nicht irre machen lassen und mit allem Nachdruck die Forderung vertreten, daß in erster Linie das Reich die Verpflichtung hat, für die Arbeitslosen zu sorgen.

Die Tätigkeit der Arbeiter ist die Grundlage jedes Gemeinwesens. Nicht die dividendenverzehrenden Kapitalisten und andere Nichtstuer in hohen Stellungen sind notwendig für den Bestand des Reiches, die Arbeiter sind der wichtigste Bestandteil wie jedes Gemeinwesens, so auch des Reiches. Aus den Knochen der Arbeiter werden die Millionen herausgeschunden, die das Reich zum größten Teil für unproduktive Zwecke verwulvert. Deshalb hat das Reich die Pflicht, die Arbeiterschaft gesund und leistungsfähig zu erhalten und ihre Angehörigen über die Zeit der Erwerbslosigkeit hinwegzuhelfen. Ueber die Form, in welcher das Reich diese seine Pflicht zu erfüllen hat, wollen wir uns hier nicht auslassen. Es genügt, auf die großartigen Leistungen hinzuweisen, welche die Gewerkschaften auf diesem Gebiete aus eigener Kraft vollbracht haben. Das gibt ihnen das Recht zu verlangen, als berufene Verwalter der Reichsmittel zu errichtenden Arbeitslosenunterstützungsanstalten zu werden. Vor allen Dingen muß jetzt aber mit

aller Entschiedenheit gefordert werden, daß das Reich seine lange genug vernachlässigten Pflichten gegen die Schöpfer aller Reichthümer erfüllt in Gestalt einer umfassenden Fürsorge für die Arbeitslosen.

Soziales.

Der Friedensgedanke.

Vor fast zehn Jahren, am 7. Oktober 1908, übergab der amerikanische Millardär Carnegie der Königin von Holland die Summe von sechs Millionen Mark zu dem Zweck, dem durch die erste Friedenskonferenz in Haag geschaffenen Schiedsgerichtshof ein Haus zu errichten, in dem er seine Sitzungen abhalten soll. Dieser Friedenspalast, wie er genannt wird, ein prächtiges Gebäude, ist am 28. August dieses Jahres unter großer Feiertlichkeit eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben worden. Die verschledenen, an der zweiten Friedenskonferenz des Jahres 1907 beteiligten Staaten haben Baugeschäfte oder Kunstwerke beigesteuert, um dadurch dem Friedensgedanken ihre Huldigung zu bezeugen. Der Friedenspalast trägt eine lateinische Inschrift, die besagt, daß Andreas Carnegie dieses Haus dem Frieden gewidmet hat, der durch Gerechtigkeit befestigt werden soll. Der auf dem Grundriss der Gerechtigkeit beruhende Völkerfrieden ist also der Gedanke, der in dem Prachtbau in Haag verkörpert und auch seiner Verwirklichung näher gebracht werden soll.

Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als ob die Einweihung und Eröffnung des Friedenspalastes in eine ungünstige Zeit falle: „Der blutige Balkankrieg, der viele Monate hindurch gewüthet und unsagbare Grauel im Gefolge gehabt hat, ist kaum beendet und noch heute werden seine Nachwehen nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Europa verspürt und obendrein ist die gesamte Kulturwelt von einem Nistungswahnsinn befallen, der immer mehr zunimmt. Da mögen selbst eifrige Anhänger des Friedensgedankens verzagen und der Meinung sein, der neue Friedenspalast sei ein Hohln auf den Völkerfrieden. Daß die Säbeltänzer und Mordpatrioten über den „Traum vom ewigen Frieden“ ihre Wike reißen, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Die „Kölnische Volkszeitung“, die sich als die Vorkämpferin der Religion der Liebe aufspielt, gefüllt sich darin, die Friedensfreunde als weltfremde Phantasten hinzustellen, die Utopien nachlaufen und etwas Unmögliches erstreben. Sie meint, es wäre gewiß ganz schön, wenn mit dem Handwerk des Menschenlöten und Menschenverstümmelns einmal ausgeräumt würde, aber die bösen Instinkte der Menschennatur seien unausrottbar und ließen die Abschaffung des Krieges als ein Unding erscheinen. Wenn dies wahr wäre, dann könnten die christlichen Pastoren nur einpacken und ihre Rude zumachen.“

Tatsächlich hat der Friedensgedanke, allem Kriegesgeschrei zum Trost, in wenigen Jahrzehnten schon große Fortschritte gemacht. Allerdings gilt auch hier der Satz, daß aller Anfang schwer ist, und wer möchte leugnen, daß gerade auf diesem Gebiete die größten Schwierigkeiten in den Anfängen liegen? Dennoch aber ist ein Fortschritt unverkennbar. Seitdem die im Jahre 1888 gegründete „Interparlamentarische Union“ und das „Institut des internationalen Rechts“ ihre Tätigkeit aufgenommen haben, seitdem auf mehreren Friedenskongressen der Gedanke einer internationalen Verständigung propagiert worden ist, hat der Schiedsgerichtshof im Haag schon wesentliche Erfolge erzielt. Es sind bislang schon annähernd 200 Schiedsgerichtsverträge zwischen den verschiedenen Staaten der Erde abgeschlossen worden, in denen sie sich gegenseitig verpflichten, gewisse Rechts- und Streitfragen dem ständigen Schiedsgerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten. In den meisten dieser Verträge ist allerdings die einschränkende Bestimmung enthalten, daß die zu entscheidenden Fragen weder die Lebensinteressen, noch die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden Staaten in Frage stellen, noch auch die Interessen dritter Staaten berühren. Seit dem Jahre 1902, als der Präsident Roosevelt einen Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko dem Schiedsgerichtshof zur Entscheidung überwies, sind schon zwölf Schiedssprüche gefällt worden, die allgemeine Billigung gefunden haben. Auch das Deutsche Reich hat im Jahre 1904 einen Schiedsvertrag mit England abgeschlossen und allen seinen Handelsverträgen die Schiedsgerichts Klausel eingefügt, auch hat es den berüchtigten Casablanca-Fall durch das Haager Schiedsgericht erledigen lassen, und in den bekannten Marokko-Vertrag hat es eine Klausel aufgenommen, wonach alle daraus entspringenden Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsgerichtshof unterbreitet werden sollen. Das sind immerhin ganz nette Ergebnisse, und wir müssen dem Professor Jorn recht geben, wenn er sagt: „In dem Haager Friedenspalast wird voraussichtlich die internationale Schiedsgerichtsarbeit eine dauernde werden: schon jetzt löst ein Schiedsgericht das andere ab und künftig werden wohl oft genug mehrere Schiedsgerichte nebeneinander tagen.“ Das klingt doch vernünftiger als die Ansicht des Professors von Stengel, der es mit seiner Stellung als Delegierter auf der Friedenskonferenz vereinbaren konnte, die Behauptung aufzustellen, daß die Friedensbewegung wegen ihrer weltbürgerlichen und darum internationalen sowie wegen ihrer individualistischen und darum antisozialen Richtung eine Gefahr bilde für die vaterländischen Interessen.

Der Friedensgedanke selbst ist uralte und alle großen Menschen der Vergangenheit haben für ihn geschwärmt, er ist gewissermaßen der Rückschlag gegen die kriegerische Unrast,

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
Fischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bamberg
Modellmachern nach Leipzig
Drehlern, Polierern und Hilfsarbeitern nach Cham
Vergoldern, Grundratern, Bezirgern und Farbigmachern nach Burg b. Magdeburg

die Kämpfe hineingetragen werden, daß ein Krieg immer nur zerstörend wirkt und die schlechtesten Triebe in der Menschenbrust entfesselt.

Allerdings liegt die Sache heutzutage noch sehr mißlich, denn der moderne Kapitalismus mit seiner Jagd nach dem Mammon und seiner Verherrlichung der rohen Gewalt züchtet geradezu die Bestie im Menschen.

Deutschland als Hemmschuh für den sozialpolitischen Fortschritt. Am 15. September soll in Bern die vom Schweizerischen Bundesrat einberufene internationale Arbeiter-

diese Ausnahmen gemacht werden konnten trotz des zum Teil recht ungünstigen Geschäftsganges. In Hamburg wurde die großartig eingeleitete Agitation durch den plötzlichen Ausbruch des Werftarbeiterstreiks ungünstig beeinflusst.

Zur Agitation unter den Schneidemüllern in Masuren und im Ermland.

Dem Grundsatz folgend, daß überall da, wo Holzarbeiter ihr Dasein fristen, dieselben auf die Zugehörigkeit zum Deutschen Holzarbeiter-Verband aufmerksam gemacht werden sollen, haben wir im Einverständnis mit dem Gauvorsitzer,

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbetrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. September beträgt in Burg b. Magdeburg 1 Mt., ab 1. Oktober in Ohrdruf 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 36. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 12207 F. Kannengießer, Tschl., geb. 15. 3. 87 zu Weilmannsborn.
58810 Karl Schörle, Tschl., geb. 20. 12. 70 zu Heimsheim.
59029 Frd. Schreier, Tschl., geb. 22. 7. 76 zu Gelbingen.

Kleinagitation im Gau Hamburg.

Nach Abschluß der diesjährigen Frühjahrsbewegung haben wir unsere Verwaltungen aufgefordert, in allen Zahlstellen eine rege Agitation für den Verband in die Wege zu leiten.

Beschäftigen wir uns nun mit unserem Kollegen von der Mühle. Das Wohnhaus des Kollegen ist meistens ein aus roh zusammengegerimerten Stämmen erbautes Blockhaus.

Aus dem Durcheinander aber klagen Klagen hindurch, die auch den Gleichgültigsten aufrütteln müßten. Morgens um 4 Uhr muß der Mann, will er pünktlich zur Arbeit erscheinen, aufstehen.

Und fragen wir uns, was der Mann für seine Arbeit erhält, so müssen wir uns vergewissern, ob wir auch im 20. Jahrhundert leben. Ganze 17-22 Pf. sind's, die von unseren ostelbischen Kapitalisten und Kommerzienräten als ausreichender Lohn für ein wirklich schweres Schuftens bezeichnet wird.

Ein Hemmnis für die Organisation und den freien Arbeiter sind die sogenannten Eigenkämmer. Das sind Leute, die etwas Ackerland besitzen, das die Frau mit den Kindern bestellen muß.

die seit Jahrtausenden die Welt durchzittert. Man lese nur des englischen Dichters Tennyson Verse:

„Lauter Schlachtruf in den Wolken und es floß ein Blutgerau
Von der Völker luft'gen Schiffen, kämpfend hoch im Aetherblau
Und des warmen Südwind's Rauschen kühlteste die Welt entlang,

Ohne Zweifel findet das Kriegsgeschrei selbst in den Kulturvölkern noch einen starken Widerhall und sogar die proletarischen Volksmassen lassen sich von den Kriegshebern noch häufig irreführen und überhölpeln.

Den Friedenspropagandisten fällt nun die schwere, aber notwendige Aufgabe zu, dem Kriegsgedanken das Wasser abzugraben und ihn als eine Widersinnigkeit und ein verabscheuungswürdiges Verbrechen zu erweisen.

hingu, daß kaum von der Schule entlassene Knaben an gefährlichen Maschinen arbeiten müssen, und dabei ihre jungen Glieder zermalmt werden, wie es vor nicht langer Zeit hier in einem Betriebe passiert war, wo ein Junge das Bein im Riemenwerk verlor, so kann man sich ein ungefähres Bild von unseren Zuständen hier im Osten machen. Längens im Sommer insolge der Erntearbeiten die Kräfte nicht aus, dann werden aus dem nahen Russisch-Polen Arbeiter rekrutiert, die gewaltsam an der Arbeitsstelle festgehalten werden. Daß unter solchen Umständen auch der Gleichgültigste nicht zufrieden sein kann, liegt klar auf der Hand. Jedoch stellen sich der so schweren und an Enttäuschungen so reichen Agitation Hindernisse mancherlei Art in den Weg. Gewöhnlich wird der Beitrag als zu hoch bezeichnet. Dann kommt die Angst vor dem Brotherrn, und nicht zuletzt sorgen diejenigen, die sich als Diener eines Allwissenden fühlen und armen Schlußern Demut und Entfagung hier auf Erden predigen, dafür, daß keiner von ihnen „Leben“ auf den Gedanken kommt, daß er im Elend bis an den Hals wadet. Mißtrauen ihren eigenen Arbeitskollegen gegenüber und das „Feuerwasser“ der Junker sorgen auch noch dafür, daß die Menschen zu ihrem Elend auch noch moralisch zugrunde gerichtet werden.

Auf der Konferenz der Maschinenarbeiter in München 1911 wurden die Klagen und Forderungen in die Welt hinausgerufen zur Mahnung an diejenigen, die noch abseits unserer Sache stehen, zur regen Mitarbeit an diejenigen, die den Weg zu uns gefunden haben und die Segnungen unserer Verbände erfahren. Alles, was dort über nicht genügende Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Revision der Betriebe usw. gesagt wurde, trifft für unser Masinen und Ermland zu, wo die Stätte der Arbeit und des Jammers verstreut vor jedem rühenden Arme liegt. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, mitzuarbeiten, jeder nach seinen Kräften und seinem Können, an dem Werke der Kultur, um die arbeitende Menschheit aus den Klauen des Elends zu befreien, dann wird so manch eine Kränne getrocknet und mancher Schmerzensschrei eines verblühten Arbeiters auf unseren Schneidemühlen nicht ungehört verhallen. Den Schneidemühlern Deutschlands, die durch den Anschluß an unsere Organisation sich bessere Arbeits- und Löhnerhältnisse errungen haben, mögen diese Zeilen zeigen, wie es dort beschaffen ist, wo der Arbeiter dem Kapitalismus ausgeliefert ist, sie mögen ihnen als Mahnung dienen, treu zur Fahne zu halten, der sie einst geschworen.

Aug. Quale, Sausburg (Ostpreußen).

Korrespondenzen.

Ablershof bei Berlin. „Wer sich nicht fügt, der fliegt“ so lautet die Fabrikordnung der Küchenmöbel- und Leistenfabrik von C. Luge. Eingeschüchert, gegenseitig mißtrauisch und furchtsam sich zu organisieren, weil sie befürchten, daß sie dann entlassen werden, so liebt Herr Hans Luge seine Arbeiter, denn so kann er mit ihnen umspringen wie es ihm beliebt. Erläutert er z. B. den Befehl, die Arbeitszeit in diesem Vierteljahr bis abends 9 Uhr, also auf 13 1/2 Stunden täglich, auszuweihen, so ist es für ihn ganz selbstverständlich, daß dem entsprochen wird. Wer nicht will, nun, der fliegt. Ob die Maschinenarbeiter sich überarbeiten bei 81 Stunden wöchentlich Arbeitszeit und dadurch unsicher werden in ihren Handgriffen, das ist Herrn Luge gleichgültig. Ebenso gleichgültig scheint ihm die Ermahnung der Gewerbeinspektion zu sein, die wiederholt darauf hingewiesen hat, für die in einem Saal stehenden 38 Holzbearbeitungsmaschinen Exhaustoren anzubringen. Was Gelegenheit oder Trinkwasser gibts nicht. Wie kann der Arbeiter auch so anspruchsvoll sein. Drüsen, über den Hof, dicht neben den Klojettis, da steht eine kleine Prämie, die dürfte doch wirklich für ungefähr 60 Mann genügen. Eine Betriebsunterstützungskasse gibt es im Betriebe. Sogar einen Pensionsfonds hat Herr Luge seinen Arbeitern — versprochen, und wer zehn Jahre im Betriebe tätig war, erhält jährlich eine Woche Urlaub; er muß natürlich von der Pöde auf dienen, d. h. er fängt mit 34 Pf. Stundenlohn an und steigt in zehn Jahren bis ungefähr 40 oder 42 Pf.; bei 20 jähriger Dienstzeit erreicht er sogar die Höhe von 48 bis 52 Pf. Außerdem haben die Stammanstalten den Vorteil, daß sie an den Holzbearbeitungsmaschinen in Accord arbeiten dürfen. Obgenannte Betriebsunterstützungskasse sammelt sich auf aus den Bierprozenten der Arbeiter. — Ja, aus den 25 Pf. die jeder Kasten Flaschenbier Verdienst abwirft. Die Tischlerarbeiten werden zumeist in Accord ausgeführt. Da gibt es für ein Küchenstühl zusammenzubauen: Unterteil 50 Pf. und Oberteil 30 Pf. Der Preis steigt natürlich mit dem Größenverhältnis um so und so viel Pfennige. Gewiß, es sind wohl einige Tischler von der Stammanstalt, die angemessene Wochenlöhne verdienen, die erhalten aber auch ständig die schlaute Arbeit, wozu ihnen alle anderen sich adäquaten müssen, wenn sie bei normaler Arbeitszeit 18 bis 24 Mk. Wochenverdienst herauszubringen wollen. Die dort Beschäftigten trifft die Schuld, daß solche Miststände sich einleben konnten, und beachten sie nicht bald unsere ständige Mahnung, sich zu organisieren, so werden die Verhältnisse in diesem Betriebe nicht besser, sondern immer schlechter werden.

Carlsbach a. Weier. Die Mißverständlichkeit der Klopffarbeiter in Helmarshausen und das raffinierte Vorgehen der Firma Beck u. Comp. sind schon verschiedentlich einer Kritik unterworfen worden. Aber nun hat sich die Firma selbst überhoben. Am Sonnabend, den 23. August, war Lohntag für 14 Tage. Kurz vor der Zahlung wurde nun auf der Fabrik durch Anschlag bekanntgegeben, daß von nun an die angeführten Preise gelten. Damit wurden drei Sorten von 45 auf 25 Pf., drei weitere Sorten von 45 auf 30 Pf., zwei Sorten von 45 auf 35 Pf. und zwei Sorten von 55 auf 40 Pf. herabgesetzt, außerdem wurde für Polsterer der Preis von 30 auf 15 Pf. gekürzt. Doch damit nicht genug, es wurde auch gleich für die verbliebenen 14 Tage nur noch der Lohn, der soeben bekanntgegeben, gezahlt, ob die Arbeiter wollten oder nicht. Daß die Firma dabei ein nettes Gesicht gemacht, ist selbstverständlich, denn 13, 12, 10, 8, 7, 6, 5 Mk. wurden so durchweg den Arbeitern zu wenig gezahlt. Wenn man nun der Ruhe der Arbeiter so zuhört, dann kann man wohl mit Recht sagen, die Arbeiter sind rückständig, wenn werden sie es nicht mehr sein? Hier aber das gute Einvernehmen mit den Arbeitern wiederherzustellen, denn einige hatten sich wohl gemürt, ver-

anstaltete die Firma für ihre Arbeiter am Sonnabend, den 30. August, ein Festessen mit Freibier. Wie gewöhnlich auf solchen Festen, wurde ein Hoch nach dem anderen auf die gute Firma Beck u. Comp. und deren Geschäftsführer ausgebracht, aber kein Arbeiter denkt daran, daß er die Sache schon am 23. August, acht Tage früher, bezahlen mußte. Doch eines mögen sich auch die Klopffarbeiter ins Gedächtnis rufen, daß dies noch nicht die letzte Lohnreduzierung war, wenn nicht auch sie sich dem Deutschen Holzarbeiter-Bund anschließen.

Elmsborn. Bei der Drechsler-Innung von Elmsborn und Umgegend, wozu fast alle Ortschaften des Kreises Hünneberg gehören, besteht der Beschluß, daß, wenn ein Drechslergeselle bei einem Innungsmeister die Arbeit verläßt oder von seinem Meister entlassen wird, derselbe innerhalb einer bestimmten Zeit keine Arbeit bei den zur Innung gehörenden Meistern wieder erhält. Der Obermeister der Innung, Herr Frohn in Elmsborn, gibt sich auch alle Mühe, daß der Beschluß bei seinen Kollegen zur Durchführung gebracht wird. Wir sind in der Lage, den Drechslermeistern einen Weg zu zeigen, um zu erreichen, daß ohne diesen Beschluß die Gesellen länger bei ihnen aushalten wie bisher. Sie mögen nur bessere Zustände in den Betrieben schaffen, dann wird über den Wechsel der Gesellen nicht mehr zu klagen sein. In gesundheitlicher Beziehung sind nämlich die meisten Drechslerereien wahre Schwindsuchtsherde. Welches Geschrei würden die Drechslermeister anstimmen, wenn die Gesellen dasselbe machen würden und bei einem Meister, der einen Gesellen durch geantten Beschluß unter Umständen der größten Not preisgegeben hat, nicht in Arbeit treten? Das wäre natürlich ganz was anderes. Den Drechslergesellen möchten wir empfehlen, durch festes Zusammenhalten und Beitritt zur Organisation den Jopf der Innungsmeister etwas kürzer zu machen.

Deßau. Ueber den „Zinsstreik“ sprach in unserer Versammlung Redakteur Neus. Er verliest hierunter die systematische Zusammenfassung der Arbeiter in Instituten, welche die Gelder im Interesse der Arbeiter selbst verwalten. In diesem Sinne empfiehlt er die Gründung einer großen Arbeiterbank. Die Gelder der Organisationen sollen nur so angelegt werden, daß sie der Ausbeutung entgegen wirken. Die Rückvergütung, welche der Konsumverein verteilt, würde, als Spargeld angelegt, ausreichen, um den laufenden Bedarf an Arbeiterwohnungen zu befriedigen. Jetzt werden die Spargroschen der Arbeiter dazu verwendet, den Ausbeutern die Mittel zur Ausbeutung der Massen zu liefern. Würden die Arbeiter bei der Anlage ihrer Gelder mehr auf ihr eigenes Interesse bedacht sein, dann könnten sie den Privatunternehmern ganz bedeutende Zinseinnahmen entziehen und den Aufstieg der Arbeiterklasse weit zuverlässiger fördern als durch den jetzt soviel diskutierten Massenstreik. Der Zinsstreik erfordert nur den Willen zur energischen, wirtschaftlichen Tat.

Dresden. In dem Bericht über den Streik der Modelltischler und -drechsler in Leipzig in Nr. 35 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist unter anderem erwähnt, daß auch von der Modellfabrik Rich. Worm in Niederjeslich-Dresden Streikarbeit nach Leipzig geliefert worden sei. Dieser Sach hat in Dresden große Aufregung hervorgerufen. Die Sektionsleitung der Modell- und Fabrikischer erfucht uns mitzuteilen, daß in Dresden und Umgegend alles getan wurde, um die Anfertigung von Streikarbeit zu verhindern. Es ist auch sofort eingegriffen worden, als auf eine Anfrage in Leipzig von dort die Mitteilung einging, daß Zeichnungen und halbferrige Arbeiten abgeschickt worden seien. Diese Arbeit ist auch bisher in Dresden nicht gemacht worden. Die eingangs erwähnte Behauptung erachten die Kollegen als einen unberechtigten Vorwurf und sie bestreiten entschieden, daß bei der Firma Worm Streikarbeit für Leipzig gemacht wurde.

Düren, Rhld. (Stallmacher.) In der Automobil- und Wagenfabrik H. Scheeren sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch sehr rückständig. Die Löhne der Helfer schwanken zwischen 30 und 40 Pf., die der Kastenmacher zwischen 48 und 60 Pf. Es werden täglich zehn Stunden zehn Minuten gearbeitet, Samstags eine halbe Stunde weniger. Zuspätkommen wird gewöhnlich mit 20 Pf. Abzug und einer halben Lohnstunde bestraft. Dieses Geld fließt in eine Wohlfahrtskasse und soll laut Arbeitsordnung den Kranken und besonders leistungsfähigen Arbeitern zugute kommen. Leistungsfähig sein heißt aber hier, ein Liebling der Meister zu sein. Die Lohnzahlung ist recht mangelhaft. Sie erfolgt durch einen Schreiber in offener Dütten. Es ist schon vorgekommen, daß einem Kollegen 2 Mk. fehlten; eine sofortige Reklamation war erfolglos. Das Ueberstundenlohn bedarf ebenfalls sehr der Verbesserung. Wegen Arbeitsmangel wurden Kollegen entlassen, trotzdem mutete man einem Kollegen, der in Kündigung stand, zu, er solle Ueberstunden machen. Werden Ueberstunden selbst bis 3 oder 4 Uhr morgens gemacht, so darf keine Pause eintreten. Herr Scheeren meint, in der Nacht braucht doch kein Mensch zu essen. Die zureisenden Kollegen werden ersucht, sich erst an die Verwaltung zu wenden, bevor sie hier Arbeit nehmen. Den hiesigen Kollegen aber raten wir, sich dem Deutschen Holzarbeiter-Bund anzuschließen, damit zu gelegener Zeit auch bei Herrn Scheeren geordnete Verhältnisse geschaffen werden können.

Glogau. Der starke Arbeitsmangel bei den Bauten für militärische Zwecke nötigte einige Meister, auswärtig nach Tischlern zu inserieren. Die Folge war, daß ihnen die Buden überlaufen wurden und sie übermüht wurden. Boten sie doch den Kollegen Stundenlohn von 27 und 32 Pf. Mancher Kollege, der hoffnungsvoll nach Glogau kam, fand sich dann sehr enttäuscht. Es müßte möglich sein, unsere Meister auch in solchen Zeiten zur Einhaltung anständiger Arbeitsbedingungen zu zwingen, aber dazu müssen die Kollegen zusammenhalten. Kollegen, kommt deshalb in die Versammlungen, bringt die Säumnigen mit und rüttelt eure Nebenkollegen auf, damit wir bei besserer Konjunktur auch hier einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen können. Denn nur mit geschulten Kollegen läßt sich das Ziel erreichen, das wir uns gestellt haben.

Hannau. Die Hirsch-Dunderschen Holzarbeiter haben nur überzeugte Kollegen in ihren Reihen und die Freiorganisierten sind alles Lumpen. Wer das nicht glaubt, der mag nur bei den Hirschen anfragen. Die sind es gewohnt,

das Maul recht voll zu nehmen. Wir haben hier am Ort einige Exemplare von der Sorte, die nicht milde werden, sich selbst zu beweihräuchern und andere Organisationen herabzusetzen. Was die Hirsche in Wirklichkeit für Kerls sind, hat sich nach dem Streik bei der Firma Friedrich so recht gezeigt. Die Gewerkvereine sind nämlich wirklich überzeugte Leute, und zwar besonders ihre hiesige Ortsverwaltung. War da einer von ihnen, weil er überzeugt war, daß der Firmeninhaber durch den Streik einen kolossalen Schaden haite, zum Arbeitswilligen geworden. Dies will bei den Hirschen nicht viel besagen. Bei den Freiorganisierten wird allerdings so ein Arbeitswilliger als Verräter bezeichnet und aus der Organisation ausgeschlossen. Nicht so bei den Hirsch-Dunderschen Holzarbeitern. Dort bleibt er Mitglied, ja man redet ihm noch zu, zu bleiben. Nicht etwa deswegen, weil sie, um ihre Position aufrechtzuerhalten von ihrem Väterbüdgen keinen mehr übrig haben, sondern lediglich deswegen, weil sie überzeugt sind, daß der Mann recht gehandelt hat. Jetzt wissen wir auch, wie es gemeint war, als einer der Hirschen kürzlich in einer Werkstätterversammlung erklärte, die Hirsch-Dunderschen hätten nur „überzeugte“ Kollegen in ihren Reihen.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 23. August, bis Freitag, den 29. August 1918.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischer inkl. Anschläger	72	—	406
Möbeltischler	109	—	228
Maschinenarbeiter	4	—	33
Polsterer inkl. Weizer	4	—	11
Drechsler	1	—	4
Sonstige Branchen	3	—	48
Zusammen	193	—	730

Köln. Ein Verlegenheitsprodukt leistet sich die Nummer 34 des christlichen „Holzarbeiter“ als Antwort auf unsere Artikel, überschrieben „Christliches aus Köln“ in den Nrn. 25 und 27 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Lange hat es gedauert, ehe man den rettenden Strohalm entdeckte, um das sinkende Prestige der christlichen Werkstätten wieder zu heben. Aber was jetzt produziert wird, ist auch darnach, Ueber die naiven Bemerkungen in Sachen des paritätischen Arbeitsnachweises nochmals mit den Christen zu rechten, ist nutzlose Zeitverschwendung, wenn man berücksichtigt, mit welchen geradezu lächerlichen Argumenten man auf christlicher Seite gegen solche Einrichtungen streitet. Nur eins hat uns gewundert, nämlich daß christliche Kollegen sich mit Entrüstung erfüllt an ihr Büro gewandt haben, um über die rot organisierten Lohndrücker zu schimpfen und sich beklagen, weil sie wegen der „roten“ Tarifbrecher die Stelle quittieren müssen. Das glauben die Christen doch selbst nicht. Sehr ausführlich behandelt der Christ einen Vorfall bei der Firma Rapsch in Kalk-Höhenberg, der beweisen soll, wie die Tarifstreue der „Genossen“ aussieht und wie tapfer ein Christ als „Hecht im Karpenteiche“ gewirkt habe. Unsere Erkundigungen haben ergeben, daß besagter Christ einige Wochen dort unter dem Tariflohn gearbeitet hat. Nachdem er entlassen worden war, aus Gründen, die wir im Interesse des Betreffenden nicht erwähnen wollen, wurde er veranlaßt, vor dem Gewerbegericht die Differenz zwischen seinem Lohn von 58 Pf. und dem Tariflohn von 62 Pf. einzuklagen. In der Darstellung, die der „Holzarbeiter“ von dem Verhalten unseres Kollegen B. als Vertreter der Firma vor dem Gewerbegericht gibt, liegt eine Ueberreibung, welche geradezu als unverschämte bezeichnet werden muß. Wir haben bei Gewerbegericht Erkundigungen eingezogen und dabei erfahren, daß B. in der Vergleichsammerung als Vertreter des Beklagten Rapsch erschienen ist. Auf dem Gewerbegericht ist aber nichts davon bekannt, daß der Vorstehende gegen B. eine Bemerkung fallen ließ, wie sie der Christ behauptet. In der Hauptung war Rapsch nicht vertreten, so daß das Gewerbegericht ein Versäumnisurteil nach dem Klageantrag fällte. Nach dem Prozeß führte der Unternehmer tarifliche Verhältnisse im Betrieb ein. Das ist aber nicht, wie es der „Holzarbeiter“ glauben machen will, auf die zwei Christen zurückzuführen; die inzwischen dort angefangen hatten, denn unsere Kollegen hatten schon vorher die Anerkennung des Tarifs erreicht. Der christliche „Holzarbeiter“ hat auch gar keine Ursache sich jetzt über unser Verhalten gegenüber dem Kollegen F. zu erregen, den er zu einer „Parteigröße“ avancieren läßt. Dem Artikelschreiber ist es ganz genau bekannt, daß wir das Verhalten des F. entschieden verurteilen und das dem Unternehmer gegenüber auch nicht verschwiegen haben. Von der Eigenschaft des Kollegen F. als „Parteigröße“ ist übrigens in ganz Köln keinem Menschen etwas bekannt. Geradezu staunenswert ist es, wie der Christ bei der Schilderung des Handels wegen der Arbeitszeitverkürzung die Tatsachen vergewaltigt. In der fraglichen Werkstätterversammlung stellten wir in Gegenwart der christlichen Verbandsleitung fest, daß sämtliche Kollegen, einschließlich der Christen, beschlossen hatten, den Vorschlag des Unternehmers abzulehnen und neun Stunden pro Tag zu arbeiten, weil genügend Bestellung vorhanden sei. Was man also selbst mitverbrochen hat, will man anderen allein an die Roschöhe hängen. Christliche Tapferkeit! Wir können das Verhalten unserer Kollegen nicht in allen Punkten billigen und haben in den Werkstätterversammlungen daraus auch kein Hehl gemacht, zumal man ohne Vorwissen der Organisationsleitung handelte. — Das Gelöbnis der Christen, den Tarifvertrag überall strikte einzuhalten, ist sehr erfreulich, hoffentlich sind sie bei der Einlösung dieses Versprechens ehrlicher als bei ihrem Geschichtenerzählen. Geradezu rührend ist es, folgenden Satz im christlichen „Holzarbeiter“ zu lesen: „Auf unser Büro kamen junge Kollegen, die mit voller Entrüstung erklärten, beim Verlangen des Tariflohnes wären sie vom Arbeitgeber auf andere Arbeiter verwiesen worden, welche schon länger im Betrieb seien und keinen Tariflohn verlangten und — dieses waren rot organisierte Leute. Unsere Kollegen haben in den meisten Fällen ihre Stellen quittieren müssen.“ Und trotzdem hebt man jederzeit auffällig hervor, verhältnismäßig

die wenigsten Arbeitslosen zu haben. Ja sogar nicht genug Leute habe man oft gehabt, um die gemeldeten Stellen zu besetzen. Was doch die Kölner Unternehmer für große Rücksicht auf den christlichen Holzarbeiter-Verband nehmen mögen, denn nach dieser Darstellung würden sie ja ganz gegen ihre eigenen Interessen handeln, aber, der christliche Artikelschreiber hat kräftig ge-irrt.

Schleuditz. In der letzten Mitgliederversammlung wurde über die Differenzen mit der Verwaltung der Zahlstelle Leipzig berichtet. Gegen das Verhalten der Leipziger Verwaltung gegenüber einigen Schleuditzer Kollegen, die in Leipzig arbeiten, wurde entschieden protestiert. Das Verlangen, daß die in Schleuditz wohnenden und in Leipzig beschäftigten Kollegen der Leipziger Zahlstelle beizutreten haben, wurde als unberechtigt zurückgewiesen und im Gegenteil verlangt, daß die schon nach Leipzig übergetretenen Mitglieder sich auf alle Fälle nach Schleuditz zurückzumelden haben.

Wismar. Für die hiesige Automobilfabrik werden in auswärtigen Zeitungen fortwährend Arbeitskräfte gesucht. Die Betriebseinrichtungen sind jedoch derart, daß die Mehrzahl der Kollegen, welche hier in Arbeit getreten sind, bald wieder die Fabrik verlassen haben. Es fehlt an Werkzeugen, an Material, an Zeichnungen. Nun kommt die Betriebsleitung auch noch auf den Einfall, ein neues Kontrollsystem mit Stachuhren und Arbeitskontrollkarten, auf welchen Beginn und Ende der Arbeit sowie jede Unterbrechung derselben auf das genaueste registriert werden muß, einzuführen. Die Undurchführbarkeit dieses Systems in einem so mangelhaften Betriebe sollte auch die Betriebsleitung einsehen. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft in der nächsten Zeit dazu Stellung nehmen müssen. Wir ersuchen deshalb die Arbeiter und Stellmacher in anderen Orten, auf Arbeitsangebote nach hier nicht ohne weiteres einzugehen, sondern sich vorher bei der Lokalverwaltung zu informieren.

Unsere Lohnbewegung.

Der Kampf auf den Seeschiffswerften.

Die letzte Woche hat im Stande der Dinge auf den Werften noch keine Änderung gebracht. Die auf den 26. August in Aussicht gestellte Wiedereröffnung der Arbeitsnachweise ist bekanntlich von den Werftbesthern inhibiert worden. Es wurde bekanntgegeben, daß die Arbeitsnachweise erst dann wieder geöffnet würden, wenn auch die Holzarbeiter in Bremen und Bremerhaven die Arbeitsaufnahme beschlossen haben. In Bremen ist dieser Beschluß inzwischen am 28. August gefaßt worden, dagegen verharren die Kollegen in Bremen auf ihrem Standpunkt. Eine Versammlung der Streikenden, die am 27. August stattfand, lehnte es ab, eine Abstimmung vorzunehmen. Am 29. August besaßte sich eine Mitgliederversammlung mit dem Streik und beschloß mit 440 gegen 421 Stimmen den Streik in Bremen auf Kosten der Lokalkasse weiter zu führen; weiter wurde beschlossen, die Streikenden haben am Sonnabend eine Abstimmung vorzunehmen. Das Abstimmungsergebnis dieser Versammlung war: 370 Stimmen für Fortführung des Kampfes, 110 Stimmen für Aufnahme der Arbeit.

Durch das Verhalten der Bremer Streikenden bleiben die Arbeitsnachweise bei der Norddeutschen Gruppe der Metallindustrie bis auf weiteres geschlossen, während in Stuttgart der Nachweis geöffnet ist und die Arbeitseinstellung flott vonstatten geht.

Der Streik der Pinselmacher in Nürnberg.

Ein äußerst hartnäckiger Kampf ist es, den unsere Kollegen und Kolleginnen in der Nürnberger Pinselindustrie führen. Ihre Forderungen bewegen sich in ziemlich beachtlichem Rahmen. Die wöchentliche Arbeitszeit soll von 52 1/2 auf 50 Stunden herabgesetzt und der Lohn um 10 Prozent erhöht werden. Außerdem verlangen sie die Festsetzung von Mindestlöhnen für die einzelnen Arbeiterkategorien. Bei diesen Forderungen muß man sich vergegenwärtigen, daß die Pinselindustrie, die in Nürnberg ihren Hauptsitz hat, ein äußerst lukratives Gewerbe ist. Der größte Betrieb sind die „Vereinigten Pinselabriken“, die mehr als 600 Personen beschäftigen. Ueber diesen Betrieb heißt es in der kürzlich von unserem Verbandsvorstand herausgegebenen Broschüre über die Arbeitsverhältnisse in der Rüstungs- und Pinselindustrie: „Die Vereinigten Fabriken, die mit einem Kapital von 3 Millionen, später noch um 750 000 Mk. erhöht, gegründet wurden, haben längst den vorgeschriebenen Reservefonds zurückgelegt, daneben noch einen anscheinlich außerordentlichen Reservefonds; Maschinen, Utensilien, Patente und das Anwesen in Schopfloch sind vollständig abgeschrieben. Bei reichlichen Remunerationen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte (20 Prozent des Gewinnes) hat sich auch über die Aktionäre ein blühender Dividendenregen ergossen. Es wurden ausgeworfen in den ersten sechs Jahren 7 1/2, 8 1/2, 6, 6 1/2, 8 und 9 Prozent, in den folgenden drei Jahren je 10 Prozent, dann vier Jahre hindurch je 11 Prozent und in den darauffolgenden Jahren je 12 Prozent. Seit 1906/07 beträgt die Dividende in jedem Jahr 15 Prozent.“

Weniger erfreulich ist die Lage der Arbeiterschaft. Nach der erwähnten Statistik beträgt der wöchentliche Durchschnittsverdienst der männlichen Arbeiter in der Nürnberger Pinselindustrie 26,24 Mk., während die weiblichen Arbeiter durchschnittlich nur 13,48 Mk. pro Woche verdienen; ein sehr erheblicher Prozentsatz bleibt aber beträchtlich hinter diesen Durchschnittsziffern zurück. Selbst wenn die Forderungen der Arbeiterschaft statt bewilligt worden wären, müßten sich die Arbeiter der Pinselindustrie bei den riesig gestiegenen Preisen für die notwendigen Lebensbedürfnisse noch große Beschränkungen auferlegen. Die Bewilligung der Arbeiterforderungen hätte die Rentabilität der Pinselabriken nicht beeinträchtigt; selbst wenn die Dividende vorübergehend herabgesetzt werden müßte, wäre der Profit, den die Aktionäre aus den Knochen der Arbeiter ziehen, noch recht annehmbar geblieben. Die Unternehmer lehnten es aber hartnäckig ab, nennenswerte Zugeständnisse zu machen. Es fanden wohl Verhandlungen statt, die aber nicht das geringste Ergebnis zeitigten. Dagegen wurden in den Betrieben Vorbereitungen getroffen, die darauf schloßen ließen, daß sich die Fabrikanten auf einen längeren Kampf

einrichten. Anscheinend rechneten sie damit, daß sich nur ein Teil der Arbeiterschaft an einer Arbeitseinstellung beteiligen und daß ihnen genügend Arbeitskräfte für die Aufrechterhaltung der Betriebe zur Verfügung bleiben würden. Diese Rechnung stützte sich offenbar darauf, daß die Nürnberger Pinselindustrie es verstanden hat, sich in umfangreichem Maße die billige weibliche Arbeitskraft dienstbar zu machen; fast zwei Drittel der Beschäftigten sind Arbeiterinnen.

Die Berechnungen der Unternehmer erwiesen sich aber als falsch. Einmütig wurde, als sich herausgestellt hatte, daß friedliche Verhandlungen nicht zum Ziele führen, die Arbeit eingestellt. Etwa 1000 Frauen und Mädchen und 700 Arbeiter befinden sich seit Pfingsten dieses Jahres im Streik und über 100 Heimarbeiterinnen haben sich den Streikenden angeschlossen. Die Streikenden haben bisher jezt zusammengehalten, und wenn die Fabrikanten in den leither verfloßenen 16 Wochen auch einige Arbeitswillige mit Mühe und Not herangelotet haben, so hat das für den Stand und die Aussichten des Streiks nur geringe Bedeutung.

Bald nach Beginn des Streiks bequerten sich die Unternehmer zu Zugeständnissen. Sie erklärten sich grundsätzlich bereit Mindestlöhne zu bewilligen. Da auch die Arbeiter nicht unbedingt auf den vollen Wortlaut ihrer Forderungen bestanden und sich insbesondere mit einer stufenweisen Gewährung der Zugeständnisse abgefunden hätten, wäre eine Verständigung möglich gewesen, wenn nicht das Angebot der Unternehmer gar zu gering gewesen wäre. Eine Lohn-erhöhung von 8 1/2 Prozent, die innerhalb einer dreijährigen Vertragsdauer in Kraft treten sollte, konnte nicht als annehmbare Grundlage für eine Verständigung anerkannt werden.

Der Kampf nahm also seinen Fortgang, und im Verlauf desselben wurden die Pinselfabrikanten von verschiedenen Streikversicherungsgesellschaften lebhaft umworben. Aus dem Rennen ging der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe als Sieger hervor; ihm schlossen sich die Pinselfabrikanten an und als es schließlich durch das Eingreifen des Gewerbeinspektors zu Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts kam, da war auch Herr Knöllinger als Vertreter des Schutzverbandes zur Stelle und er bemühte sich mit Erfolg, die Situation noch verworrener zu machen als sie ohnehin schon war. Er schob die Frage des Ablauftermins für den abzuschließenden Vertrag in den Vordergrund und zog aus dem, vom Freiherrn v. Berlepsch im Frühjahr dieses Jahres gefällten Schiedsspruch Schlußfolgerungen, die für vernünftige Menschen unsagbar sind. Später hat ihm wohl Herr Rahardt, der ebenfalls in Nürnberg war, ein Licht ausgeleuchtet, und schließlich konnte dieser Streitpunkt aus der Debatte ausscheiden.

Es blieben aber immer noch Differenzen genug übrig. Die Pinselfabrikanten hatten unter dem Einfluß der bewährten Scharfmacher, die sie sich als Ratgeber erkoren haben, ihre früheren Zugeständnisse zurückgezogen, so daß im Grunde die Dinge noch auf dem alten Fied stehen. Als Verbündete der Unternehmer spielt sich in dem Kampf auch noch die Nürnberger Polizei auf. Deren unteren Organe erlauben sich den Streikenden gegenüber ganz ungläubliche Noheiten. Die Streikleitung hat sich insfolgedessen genötigt gesehen, eine eigene Polizei aus den Reihen der Streikenden zu errichten, deren Aufgabe es ist, das „Wirken“ der Polizisten zu überwachen und deren Übergriffe festzustellen. Diese Polizei der Streikenden hat bereits ein reiches Material beisammen, das an geeigneter Stelle Verwendung finden und die Taten der Ordnungshüter in hellstem Lichte erstrahlen lassen wird.

Trotz der langen Dauer des Streiks sind die Reihen der Streikenden unerschüttert. Die öffentliche Meinung ist auf ihrer Seite und sie erfreuen sich der vollsten Sympathie der Kollegen aus den anderen Branchen. Die Nürnberger Kollegen sind gewillt, besondere Opfer auf sich zu nehmen, um die kämpfenden Pinselmacher zu unterstützen. Am 27. August fand eine aus allen Branchen sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der Nürnberger Zahlstelle statt, in welcher beschlossen wurde, die laufende Streikunterstützung für alle Streikenden zu erhöhen und am 1. Oktober wieder einen Mietszuschuß zu zahlen. Da diese außerordentlichen Unterstüzungen natürlich aus lokalen Mitteln aufgebracht werden, bedeutet dieser Beschluß eine beträchtliche Selbstbesteuerung der Nürnberger Kollegen-schaft zugunsten der streikenden Pinselmacher. Diese aber werden dadurch in die Lage versetzt, den schweren Kampf, den sie führen, um so energischer fortzusetzen, um ihn früher oder später zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

In Berlin befinden sich die Arbeiter der Klaviaturfabrik von Bernacke schon seit 20 Wochen im Streik. In dieser Branche ist eine aufs äußerste getriebene Arbeitsteilung durchgeführt, die den Arbeiter bei der eintönigsten Arbeit zur höchsten Anspannung seiner Kräfte zwingt. Immer und immer wieder hat der Unternehmer versucht, durch „Preisregulierungen“ den Verdienst der Arbeiter herabzudrücken. Damit hat er eine Erbitterung erzeugt, von welcher der mit so zäher Ausdauer geführte Lohnkampf Zeugnis ablegt. Herr Bernacke sucht seinen Betrieb mit Hingemännern aufrechtzuerhalten. Was für eine Sorte Menschen der Betrieb beherbergt, kann man daraus schließen, daß eines dieser nützlichen Elemente aus der Bernackeschen Fabrik, der gewerbsmäßige Streikbrecher Bengsch, dieser Tage verhaftet wurde, weil er seine Logis-wirtin ermordet hat. Aus dem Verlauf dieser Bewegung kann die Arbeiterschaft der Berliner Pianoforteindustrie nützliche Lehren ziehen.

In Burg bei Magdeburg währt der Streik der Berggolder bei der Firma Wattenberg u. Co. nun bereits sieben Wochen, und es ist ein Ende desselben für sobald noch gar nicht abzusehen. Zuerst verteidigte die Firma ihr ablehnendes Verhalten damit, daß die Forderungen der Arbeiter eine Belastung des Geschäftes von 20 000 Mk. pro Jahr ausmachten. Als ihr dann nachgewiesen wurde, wie sehr das aufgeschritten ist, verstieg sie sich gar zu der Behauptung, die gebotenen Zugeständnisse machten mehr aus als die gestellten Forderungen, und tat, als wenn es den Arbeitern nur auf die Ablehnung der Akkordarbeit ankäme.

Dabei ist der Firma, trotzdem sie seit der Uebernahme des Geschäfts bereits dreimal mit dem Lohnsystem gewechselt und damit gewiß Grund zum Mißtrauen der Arbeiter gegeben hatte, der den Arbeitern ein Vorschlag über Regelung des Lohn- und Arbeitsbedingungen, einschließlich der Akkordarbeit, gemacht worden. Was die Firma vielmehr will, ist: Bei der jeglichen Wiedereinführung der Akkordarbeit ihr Geschäft machen, zum Schein einige kleine Lohn erhöhungen zugehen aber belteibe nichts Bestimmtes vereinbaren, damit, wenn ihr die Zeiten mal wieder günstig sind, auch das bischen noch wieder aufheben, kurzum schalten und walten kann, wie sie will. Die Kollegen werden deswegen weiter ersucht, Solidarität zu üben und Burg zu meiden.

In Maß haben unsere Kollegen eine Lohnbewegung geführt, die nunmehr durch den Abschluß eines Tarifvertrages mit der Schreiner-Innung in der Hauptsache beendet wurde. Erreicht wurde eine vierstündige Arbeitszeitverkürzung, die jezt 60stündige Arbeitszeit wird sofort auf 59 Stunden und ab 1. Oktober 1914 auf 56 Stunden pro Woche herabgesetzt. An Lohn erhöhungen wurden zugestanden ab 1. September dieses Jahres 2 Pf., ab 1. September 1914 3 Pf. und ab 1. September 1915 1 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn wurde jezt auf 50 Pf. festgesetzt, er erhöht sich ab 1. September 1914 auf 53 Pf. und ab 1. September 1915 auf 55 Pf. pro Stunde. Für Maschinenarbeiter ist der Mindestlohn jeweils um 5 Pf. pro Stunde höher. Weiter wurden die Zuschläge für Ueberstunden, Nacht-, Sonntagsarbeit und Montage sowie andere regelnde Bestimmungen tariflich festgelegt. Der Vertrag läuft drei Jahre, bis 1. September 1916. Mit Abschluß dieses Tarifvertrages haben die Kollegen einen schönen Erfolg errungen, insbesondere ist zu begrüßen, daß die seit 1908 bestehende tariflose Zeit ihr Ende erreicht hat und von jezt ab wieder geordnete Verhältnisse Platz greifen. Gestützt auf die günstige Konjunktur und gute Organisation konnten wir diese Erfolge erringen. Es gilt nun, die Tarifbestimmungen überall voll zur Durchführung zu bringen und den toten Buchstaben lebendige Kraft zu geben. Mit einzelnen Firmen, die nicht der Innung angehören, müssen gesonderte Vereinbarungen getroffen werden. Die Verhandlungen mit diesen Firmen sind noch nicht erledigt und die Lohnbewegung deshalb noch nicht völlig beendet zu betrachten. Wir ersuchen alle etwa zureisenden Kollegen, sich vor Arbeitsaufnahme bei der Zahlstellenverwaltung zu informieren, ob der betreffende Betrieb als geregelt zu betrachten ist oder nicht.

In Nürnberg haben die Modellschreiner mit den Kleinmeistern einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der trotz der ungünstigen Geschäftslage wesentliche Vorteile gegenüber dem alten Vertrag gebracht hat. Die Arbeitszeit wurde innerhalb einer dreijährigen Vertragsdauer von 56 auf 52 Stunden, also um 4 Stunden wöchentlich herabgesetzt. Die Stundenlöhne werden jezt um 3 Pf., 1914 um 2 Pf. und 1915 um 3 Pf. erhöht. Der Mindestlohn beträgt jezt 58 Pf. (früher 50 Pf.), 1914 60 Pf. und 1915 62 Pf. Der Zuschlag für Ueberstunden ist von 25 auf 33 1/2 Prozent und für Nacht- und Sonntagsarbeit auf 50 Prozent erhöht worden. Bei etwaigem Arbeitsmangel soll die Arbeitszeit verkürzt werden, bevor Entlassungen vorgenommen werden. Zur Schlichtung aller Streitfragen ist eine Schlichtungskommission vorgesehen, die Differenzfälle auf schnellstem Wege zu erledigen hat. Im Tarifvertrag sind noch einige wichtige Positionen enthalten, so daß der neue Vertrag als ein erfreulicher Fortschritt bezeichnet werden muß. Dieser Vertrag kam nach anfangs ablehnendem Verhalten der Meister ohne Kampf zustande mit Ausnahme der Modellfabrik Georg Schmidt, wo die Kollegen drei Tage im Streik standen, bevor die Forderungen anerkannt wurden. Den Kollegen im Reiche zur Kenntnis, daß das Umschauen in Nürnberg verboten ist. Die Arbeitsvermittlung erfolgt ausschließlich durch unser Verbandsbüro, Breitengasse 25-27. Ferner ersuchen wir, Nürnberg vorerst nicht zu überlaufen, da zurzeit noch genügend Arbeitslose am Orte sind.

In Sarmstedt b. Bremen befinden sich die Kollegen sämtlicher Branchen der Firma W o r p s w e d e r A u n t w e r k - f ä k t e n Franz Vogeler seit dem 27. August im Streik. Die Firma versucht in auswärtigen Zeitungen Arbeitswillige heranzuziehen. Bis jezt befinden sich aber nur noch die beiden Meister im Betrieb. Es wird gebeten, den Zugang fernzuzulassen.

In Trier konnte die Lohnbewegung mit einem, wenn auch geringen Erfolge beendet werden. Der auf die Dauer von 2 1/2 Jahren abgeschlossene Vertrag sieht eine Lohn-erhöhung von 4 Pf. die Stunde vor. Die Durchsetzung einer Verkürzung der Arbeitszeit wie Festlegung einer Lohn-norm scheiterte an dem starren und rückständigen Sinn der Arbeitgeber. Wenn unsere Kollegen auf die Festigung der jezt aufgebauten Organisation bedacht sind und sich weiter während der Vertragsdauer kräftig rühren, können wir mit den Trierer Arbeitgebern bei Ablauf des Vertrages ein kräftigeres Wortchen reden.

In Werdau ist der Streik der Bau- und Möbeltischler und damit die gesamte Vertragsbewegung in dem Zahlstellenbezirk Crimmitschau, Glauchau, Meerane und Werdau beendet. Die Ursachen des Streiks in Werdau waren darin zu suchen, daß die Arbeitgeber in Crimmitschau, Glauchau und Werdau Änderungsanträge zu dem in der Bezirkskommission vereinbarten Bezirksvertrag stellten. In Crimmitschau und Glauchau zogen die Arbeitgeber die diesbezüglichen Anträge zurück und erfolgte die unterschriftliche Anerkennung des Vertrages. Daraufhin traten die Arbeitgeber in Werdau ebenfalls den Rückzug an, verweigerten sich jedoch auf eine andere Regelung der Montagetagezuschläge, die nunmehr ihre Lösung darin fand, daß bei Arbeiten in den angrenzenden Orten ein Zuschlag von 1 Mk. pro Tag und im Orte ein solcher von 3 Pf. pro Stunde festgesetzt wurde. In der Hauptsache wurde bei dieser Bewegung erreicht, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 6 Pf. innerhalb einer dreijährigen Vertragsdauer und Einführung einheitlicher Mindestlöhne für alle Städte. Dadurch steigen die Mindestlöhne in der Vertragsperiode um 6 bis 8 Pf. pro Stunde. — In W i l k a u gelangt der Vertrag am 30. September zum Ablauf, und sind hier den Arbeitgebern die neuen Verträge unterbreitet worden.

Aus der Holzindustrie.

Wachstum und Verwaltung unserer amerikanischen Bruderorganisation.

F. W. Die vereinigte Bruderschaft der Zimmerer und Bautischler von Amerika hat in den letzten zwölf Jahren ein Wachstum zu verzeichnen, das echt amerikanisch ist. Im Jahre 1881 gegründet, wuchs diese Organisation langsam in die Höhe und erreichte im Jahre 1900 eine Mitgliederzahl von rund 40 000. Dann ging es aber mit Riesenschritten vorwärts, und gegenwärtig hat die Bruderschaft annähernd eine Viertel million Mitglieder zu verzeichnen. Im Juni 1912 hatte sie noch ungefähr die gleiche Mitgliederzahl wie der Deutsche Holzarbeiter-Verband; seit dieser Zeit hat sie uns aber den Rang abgelassen und ist die größte Holzarbeiterorganisation der Welt geworden.

Die Entwicklung dieser Organisation hat mit der des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes vieles gemeinsam. Trifft das schon zu auf das Steigen der Mitgliederzahl, so noch mehr in Bezug auf die Beschaffung von genügend Räumen für die Beamten und Angestellten des Hauptvorstandes. Im Gründungsjahre 1881, und noch für viele Jahre nachdem, war ein Zimmer groß genug, um den einzigen Beamten, der Generalsekretär und Kassierer in einer Person war, unterzubringen. Jedoch mit dem Wachstum der Organisation, deren Wirksamkeit sich vom Atlantischen bis zum Großen Ozean erstreckt, waren andere Maßregeln notwendig geworden. Erst wurden zwei Zimmer gemietet und ein Buchhalter angestellt, der den Sekretär unterstützen sollte. Aber als die Jahre vergingen wurde es notwendig, vier Büroräume zu nehmen und das Personal zu vergrößern. Da aber die Arbeit immer mehr anwuchs, wurden im Jahre 1902 der Präsident und der Kassierer angestellt und wieder größere Räume gemietet. Um diesen Zustand aber endgültig zu beseitigen, empfahl der Hauptvorstand auf dem Verbandstag in Niagara im Jahre 1906, in der Stadt Indianapolis Grund zu kaufen und darauf ein eigenes Verbandsgebäude zu errichten, das den Bedürfnissen der Organisation entspricht. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen und später auch ausgeführt. Als weiterer Beamter wurde, auf Beschluß des Verbandstages in Washington 1912, der erste Vizepräsident angestellt.

Im eigenen Gebäude wurden, um die Arbeiten zu vereinfachen und in einem achtfündigen Arbeitstage prompt zu erledigen, diverse Abteilungen geschaffen, denen je ein Buchhalter vorsteht. Dieser hat die Aufgabe danach zu sehen, daß in seiner Abteilung alles klappt. So besteht eine Abteilung für die Unterhaltungsansprüche der Mitglieder, eine Mitgliedschaft-, eine Schreibmaschinen-, eine Einnahmen-, eine Ausgaben-, eine Post-, eine Lager- und eine Druckschriften-Abteilung. Alle Zuschriften oder Anfragen werden von der zuständigen Abteilung, die dafür verantwortlich ist, erledigt. Das Tätigkeitsgebiet der Verbandsbeamten ist genau umschrieben. So ist es die Aufgabe des Präsidenten, die Organisationsarbeit zu überwachen, Einsprüche gegen Entscheidungen zu erledigen, Lokalstatuten zu genehmigen, Lohnbewegungen zu beaufsichtigen und das Gesamtinteresse der Organisation wahrzunehmen. Dem Vizepräsidenten liegt die Pflicht ob, die Statuten der Zahlstellen, Bezirksräte und Staatenkomitees zu revidieren, zu genehmigen oder nicht zu genehmigen, eine Liste zu führen von allen Gewerkschafts- oder Nichtgewerkschafts-Werkstätten und Fabriken, die Anzahl der in den letzteren beschäftigten Arbeiter, die Arbeitszeit, Löhne und andere Arbeitsbedingungen zu registrieren, und er hat die Aufgabe der Gewerkschaftsmärkte zu überwachen, die auf die von Verbandsmitgliedern hergestellten Arbeiten geleistet werden.

Die Zahlstellen, oder besser Lokalvereine, der Organisation haben eine große Selbständigkeit. Sie setzen das Eintrittsgeld fest, das meist von 10 bis 30 Dollar, in einzelnen Lokalvereinen sogar 50 Dollar beträgt, und sie bestimmen selbständig die Höhe des monatlichen Beitrages, der von 50 Cent bis einen Dollar beträgt. 25 Cent müssen an die Hauptkasse abgeführt werden, die dafür Streikunterstützung und Sterbegeld zahlt. Bei eintretender Invalidität infolge eines Unfalles wird eine einmalige Unterstützung von 400 Dollar gezahlt, das Mitglied scheidet aber dann aus der Organisation aus und hat keine weiteren Ansprüche.

Das Verbandshaus in Indianapolis steht, wie der Generalsekretär Grant Duffy in dem Journal der Bruderschaft sagt, während der Arbeitsstunden allen Mitgliedern, Freunden und Besuchern offen und die Organisation betrachtet es als eine Ehre, von einem Besuch beehrt zu werden, der lernen will, wie eine der größten Organisationen geleiteter Arbeiter in der Welt verwaltet und geleitet wird.

Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Holzarbeitern. Die Arbeitsnachweiseinrichtungen in der Berliner Holzindustrie ermöglichen es, jede Woche die Zahl der Arbeitslosen mit ziemlicher Sicherheit festzustellen. Man wußte bisher wohl, wie groß das Heer der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin ist, auch war es bekannt, daß viele Arbeitslose schon seit Monaten ohne Beschäftigung sind, aber es fehlte an genauen Daten über die Dauer der Arbeitslosigkeit der einzelnen. Die Verwaltung unserer Berliner Zahlstelle hat nun eine Erhebung über diese Frage veranstaltet. An dem Erhebungstag, dem 14. August, waren auf dem statistischen Arbeitsnachweis und dem Arbeitsnachweis des Verbandes insgesamt 574 Arbeitslose gemeldet. Von diesen waren 197 bis zu sechs Wochen arbeitslos. Bei 139 Kollegen währte die Arbeitslosigkeit über sechs bis 13 Wochen. Länger als 13 bis 20 Wochen waren 77 Kollegen ohne Arbeit, und 126 Kollegen waren noch länger, bis zu 40 Wochen arbeitslos.

Von den am längsten Arbeitslosen waren 21 Kollegen 2 bis 30 Wochen und 23 Kollegen 31 bis 40 Wochen ununterbrochen oder durch eine höchstens sechs Tage währende Beschäftigung unterbrochen, arbeitslos. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich in diesen Gruppen eine Anzahl Invaliden befinden, die bestenfalls nur auf gelegentliche Beschäftigung rechnen dürfen, so enthält diese Aufstellung doch ein erschreckendes Bild von dem Arbeitsmangel in der Berliner Holzindustrie. Die Statistik ist von Woche zu Woche abgefragt, da finden wir z. B. mit 21 Wochen Arbeitslosigkeit 24 Kollegen, mit 22 Wochen 10, mit 23

Wochen 12, mit 24 Wochen 12, mit 25 Wochen 7, mit 26 Wochen 10 usw. Das sind fast durchgängig leistungsfähige Kollegen, die gern arbeiten wollen, aber keine Beschäftigung finden. Hauptsächlich sind es Kollegen aus der Baubranche, besonders Einseher und Parkettbodenleger, die sehr lange auf Arbeit warten müssen.

Die Statistik über die Dauer der Arbeitslosigkeit ist sehr lehrreich; nicht nur für die Berliner Kollegen, sondern in noch höherem Maße für die Kollegen im Reich und im Ausland, die aller Warnungen ungeachtet, immer noch meinen, nur nach Berlin kommen zu brauchen, um hier Beschäftigung zu finden. Diese Kollegen erleben aber regelmäßig eine schwere Enttäuschung. Es kann nicht eindringlich genug vor dem Zuzug nach Berlin gewarnt werden.

Die Firma Gerbtand Bendix Söhne Akt.-Ges. für Holzbearbeitung beschäftigt ihren Zweigbetrieb in Posen zu Schliesen. Auf der am 23. August in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Aktiengesellschaft beantwortete die Verwaltung eine diesen Gegenstand betreffende Frage eines Aktionärs dahin, daß sie sich schon lange mit dieser Maßregel beschäftige, und daß sich eine demnächst einzuberufende Generalversammlung damit zu befassen haben werde. Die Verwaltung beabsichtigt mit dem in Posen freiwerdenden Betriebskapital die Pauschuld nach Möglichkeit zu tilgen. — Die Firma Bendix Söhne beschäftigt in Posen etwa 150 Holzarbeiter. Die Schließung dieses größten Betriebes am Ort würde die ohnehin schon große Arbeitslosigkeit noch ganz empfindlich verschärfen.

Ein Berliner Klavierfabrikant als Flugblattverbreiter. Die Berliner Klavierfabrikanten bringen den Vorgängen in unserem Verband ein viel größeres Interesse entgegen, als sie merken lassen wollen; namentlich erregt die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit, und sie suchen aus der Situation Vorteile für sich zu ziehen. Ein Unternehmer, der sich in seinen Kreislagen rühmt, die größte Jahresproduktion am Ort zu haben, weiß das gegenwärtige Ueberangebot an Arbeitskräften tüchtig zu seinem Vorteil auszunutzen. Der Verbrauch an Arbeitskräften in diesem Betrieb ist ungeheuer. Jeder, der den Eindruck eines branchenfremden Ausbeutungsobjektes macht, wird eingestellt, aber oft schon nach wenigen Tagen wieder entlassen, wenn er die Erwartungen des Unternehmers nicht erfüllt. Daß ein solcher Fabrikant bemüht ist, den Einfluß des Holzarbeiter-Verbandes von seinem Betrieb fernzuhalten, kann man begreifen, aber komisch berührt es, daß er sich zu diesem Zweck Flugblätter bedient, in welchen im Hinblick auf die Not der Arbeitslosen gegen den Holzarbeiter-Verband Stimmung zu machen versucht wird. In den in der Fabrik verteilten Flugblättern, die anscheinend aus der Endeliche des bekannten Reichsverbandes kommen, wird sehr kräftig gegen den Holzarbeiter-Verband losgezogen, der seinen Mitgliedern Beiträge abnimmt, Gelder ansammelt, Häuser baut, aber die Arbeitslosen nicht während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit unterstützt. Wir würden dem smarten Fabrikanten zu viel Ehre antun, wollten wir über den Inhalt seiner Flugblätter mit ihm diskutieren. Er wird noch selbst die Erfahrung machen, daß durch die Agitation, die er betreibt, die Aufmerksamkeit der Kollegen erst recht auf unseren Verband gelenkt wird, und daß dieser den Vorteil von der Agitation hat, die dazu bestimmt ist, ihn zu schädigen.

Der Tischlerkongress in Dänemark wird uns geschrieben: Vom 7. bis 10. August hielt der Dänische Tischler-Verband im Rådshaus zu Kopenhagen seinen 16. Verbandstag unter Teilnahme von 140 Delegierten aus 80 Abteilungen ab. Als Gäste waren erschienen vom Schwedischen Holzarbeiter-Verband der Kollege Wiedegreen, vom Norwegischen Holzarbeiter-Verband Kollege Arøe und Kollege König vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Zu Tagespräsidenten wurden die Kollegen Waldemar Fries, Kopenhagen, und Marinus Petersen, Aarhus, gewählt. Dem Dänischen Tischler-Verband sind als Fachvereine angeschlossen: der Fachverein der Möbeltischler, der Fachverein der Bautischler und der Fachverein der Pianofortearbeiter.

Den Vorstandsbericht, der vom 1. Juli 1910 bis 1. Juli 1913 lautete, gab der Zentralvorsitzende Martin Petersen, den Kassenbericht der Hauptkassierer Kollege Steffensen. Der Verband zählte am Schlusse des ersten Quartals 1913 in 79 Abteilungen 6603 Mitglieder. An Streikunterstützung wurden im Jahre 1910—1911 5944 Kronen, 1911—1912 5247 Kronen und 1912—1913 2632 Kronen aus der Hauptkasse gezahlt. Die Arbeitslosenklasse wird getrennt von der Verbandskasse geführt und betragen die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung vom 1. April 1910 bis 31. März 1913 428 576 Kronen, im Durchschnitt pro Jahr 142 858 Kronen. Vom Staat wurden in dem gleichen Zeitraum 201 488 Kronen und von den Gemeinden 90 202 Kronen, zusammen 291 690 Kronen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewährt. Ein Antrag, den Beitrag zu erhöhen, fand einstimmige Annahme, desgleichen ein Antrag der besagt, daß Zahlstellen über ihre Beiträge bis zur Höhe von 1 Krone selbständig beschließen können, über 1 Krone hinaus jedoch der Zustimmung des Hauptvorstandes bedürfen. Ein Antrag, der verlangt, daß Mitglieder, welche aus dem Verbands auscheiden, Mitglieder der Arbeitslosenklasse bleiben dürfen, wurde abgelehnt. Zum Schluß wurde ein Antrag, den Verbandstag statt alle drei Jahre alle fünf Jahre abzuhalten, angenommen.

Ankunft über Streikbrecher erbeten. In einer Prozeßsache wäre es wertvoll, nähere Angaben über den Leumund und das Vorleben zweier berufsmäßiger Streikbrecher zu erlangen. Es handelt sich um den 26jährigen Tischler Josef Ruopert aus Karlsruhe i. A. und den 25jährigen Tischler Anton Meinel aus Hof i. B. Beide haben sich im vorigen Jahre in Burg bei Magdeburg als Arbeitswillige betätigt. Weiteren Kreisen ist damals Ruppert infolge des an dem Schuhmacher Fritsche begangenen Mordes und seiner auffallenden Freisprechung durch die Magdeburger Geschworenen bekannt geworden. Später haben Ruppert und Meinel in Berlin und an anderen Orten Gastrollen als Streikbrecher gegeben. Eeachdienliche Mitteilungen erbittet die Verwaltung der Zahlstelle Berlin SO. 16, Kungestraße 20.

Gewerkschaftliches.

Ein Jubiläum im Buchdrucker-Verband. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ gedenkt in einem Festartikel des 25jährigen Jubiläums des Verbandes, vorstehenden Emil Döblin. Der Buchdrucker-Verband ist eine der wenigen Gewerkschaften, welche die Stürme des Sozialistengesetzes überdauert haben; ganz spurlos ist aber das Schandgesetz auch an dieser Organisation nicht vorübergegangen. Im Jahre 1878, als das Sozialistengesetz in Kraft trat, wurde der Sitz des Verbandes von Leipzig nach Stuttgart verlegt. Zehn Jahre später stand der Verband vor der Wahl, die Auflösung zu riskieren oder seinen Sitz nach Preußen zu verlegen. Eine außerordentliche Generalversammlung entschied sich für das kleinere Uebel. Seit dem 1. September 1888 befindet sich der Sitz des Buchdrucker-Verbandes in Berlin und ebensolange steht Emil Döblin als Vorsitzender an seiner Spitze; vorher war er seit dem 1. Januar 1887 Gauvorsteher in Berlin.

Der „Korrespondent“ rühmt die hervorragenden Verdienste, die sich der jetzt im 61. Lebensjahr stehende Verbandsvorsitzende um seine Organisation erworben hat. Auch der Nutzenstehende muß zugeben, daß eine Organisation, die innerhalb 25 Jahren von 11 186 Mitgliedern in 587 Orten auf 67 393 Mitglieder in über 1700 Orten gewachsen, deren Vermögen in der gleichen Zeit von 910 692 Mk. auf 10 512 897 Mk. gestiegen ist und die es erreicht hat, daß 96 Prozent der Verbandsangehörigen zu tariflichen Bedingungen arbeiten, sich einer vorzüglichen Zeitung erfreuen muß. Die Glückwünsche, die Emil Döblin zu seinem Jubiläum entgegengebracht werden, sind reichlich verdient. Auch wir wünschen, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, im Interesse seiner Berufsgenossen und der Arbeiterschaft zu wirken.

Der Konflikt im Haupttarifamt für das Baugewerbe, von welchem wir in unserer Nr. 34 Notiz genommen haben, scheint nun beigelegt zu sein. Bekanntlich haben die unparteiischen Vorsitzenden des Haupttarifamtes erklärt, ihr Amt niederlegen zu müssen, wenn nicht vom Vorstand des Zimmerer-Verbandes und dem Redakteur des „Zimmerer“ die in einem Artikel dieses Blattes gegen sie gerichteten Beleidigungen bedauert werden. Der Redakteur Bringmann hat alsdann eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er ausgesprochen, daß ihm die Absicht, die Unparteiischen zu beleidigen, völlig ferngelegen habe und daß er bedauert, daß sie sich beleidigt fühlen.

Mit dieser Erklärung haben sich die Unparteiischen jedoch nicht zufrieden gegeben. Der „Zimmerer“ druckt an der Spitze seiner Nummer 35 einen Brief des Magistratsrats v. Schulz ab, der anscheinend die Antwort auf ein ihm vom Vorstand des Zimmerer-Verbandes zugegangenes Schreiben ist, welches aber, wie es in dem Brief heißt, nicht dazu angetan ist, unsere Wünsche zu befriedigen. Es handelt sich um eine mit dem Vorwurf der „Fälschung und Machenschaften“ verbundene Ehrenkränkung, die nicht dadurch beseitigt wird, daß Herr Bringmann bedauert, wenn die Unparteiischen sich beleidigt fühlen. Wir müssen darauf bestehen, daß der fragliche Artikel, soweit er persönliche Kränkungen der Unparteiischen enthält, in Ihrem Verbandsorgan mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen wird.

Diesem Verlangen ist nunmehr entsprochen worden. In-schließend an den Brief druckt der „Zimmerer“ folgende Erklärung ab:

Ich komme dem Wunsche der Herren Unparteiischen hiermit gern und in vollem Umfange nach und erkläre, daß auf sie der Vorwurf der Fälschung und Machenschaften in keiner Weise zutrifft; ich bedaure auch, daß mein Artikel in Nr. 30 des „Zimmerer“ die Auffassung zuließ, daß die Ausdrücke auf sie gemünzt sein sollten.

Ferner sei bemerkt, daß ich diese Erklärung nicht bloß zu dem Zweck abgebe, nach Kräften dazu beizutragen, den bedauerlichen Konflikt beigelegen, sondern aus Ueberzeugung und innerem Antrieb. Meine Einblicke in die ganze Angelegenheit sind jetzt umfassender und tiefer als zur Zeit der Abfassung meines Artikels in Nr. 30 des „Zimmerer“. Diese Erklärung hätte ich ohne Verzug schon auf das erste Schreiben der Herren Unparteiischen abgegeben, wenn es nicht allgemeiner gehalten gewesen wäre als das vorstehende.

August Bringmann.

Damit dürfte wohl der bedauerliche Konflikt beigelegt sein.

Der Verband der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe hielt seinen Verbandstag vom 10. bis 16. August in Stuttgart ab. Bei den Verhandlungen spielte die Erörterung fachtechnischer Fragen eine erhebliche Rolle. Beschlossen wurde in dieser Hinsicht eine zentrale Sammelstelle der Druckerzeugnisse im graphischen Gewerbe mit dem Sitz in Leipzig zu schaffen. Im Hinblick auf das Lehrlingswesen wurde ein zielbewußter Ausbau der Lehrlingsabteilung und die Schaffung einer Zentralkommission für die Lehrlingsausbildung beschlossen, deren Vorsitzender in Angelegenheiten der Lehrlingsabteilung Sitz und Stimme im Hauptvorstand hat. Ueber die Lohnbewegungen wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Das Ergebnis dieser Beratung war der Beschluß, in das Statut Bestimmungen aufzunehmen, nach welchen bei Bedarf, mindestens aber jährlich einmal eine Konferenz der Gauvorsteher stattfinden hat. Bei großen Lohnbewegungen muß erforderlichenfalls eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, die sich für den Zusammenschluß der verschiedenen graphischen Verbände zu einem graphischen Bunde ausspricht. Von den anwesenden Vertretern der anderen graphischen Berufsverbände sprachen die Buchbinder und Buchdruckerhilfsarbeiter ihr Einverständnis mit dem Plan aus, sie zweifeln aber an seiner baldigen Durchführung, da bei den Buchdruckern keine Neigung für die Verschmelzung besteht. Der Vertreter der Buchdrucker sprach sich zu dieser Frage recht reserviert aus. Die Verschmelzungsfrage soll nach einem gefaßten Beschluß auf einer Konferenz der Hauptvorstände behandelt werden. Des weiteren wird verlangt, daß vorerst durch Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen bestimmte Normen für Lohnbewegungen geschaffen werden. Bei der Statutenberatung wurden nur unwesentliche Änderungen der Unterstü-

sche beschloffen; die Anträge auf Erhöhung oder Staffelfung der Beiträge wurden abgelehnt. Die seitherigen Mitglieder des Vorstandes wurden wiedergewählt und dieser durch die Wahl zweier Beamten verstärkt. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Berlin, der des Ausschusses in Dresden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Ziviljustiz als Schlichter der Streikbrecher. Daß die dem Staat so nützlichen arbeitswilligen Elemente sich bei Staatsanwälten und den Strafrichtern einer ganz besonderen Wertschätzung erfreuen, ist allgemein bekannt. Jetzt lehrt ein vom Landgericht Erfurt gefälltes und vom Oberlandesgericht Naumburg bestätigtes Urteil, daß auch die Richter in den Zivilkammern ein warmes Empfinden für die Schmerzen der Streikbrecher haben. Beim Streik in einer Malzfabrik in Erfurt machte der Brauer Otto Klaus den Streikbrecher. Nach Beendigung des Streiks blieb der Arbeitswillige im Betrieb und benahm sich hier unnützlich, so daß es zwischen ihm und den anderen Arbeitern zu Plänkelen kam. Schließlich wurde der Klaus entlassen, weil der Fabrikhaber, der durch seine Vorarbeiter von der gegen den Arbeitswilligen herrschenden Abneigung Kenntnis erhalten hatte, befürchtete, es könne zu einer erneuten Arbeitseinstellung kommen. Daß die Arbeiter die Entlassung des Klaus gefordert haben, wurde nicht erwiesen, doch sollen zwei der Beklagten gelegentlich einer Verhandlung mit dem Unternehmer, die eine andere Angelegenheit betraf, gefragt haben, wie es mit der Entlassung des Klaus stehe.

Auf Grund dieses Tatbestandes haben Landgericht und Oberlandesgericht dem Arbeitswilligen Klaus recht gegeben, der von drei Mitgliedern des Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes Schadenersatz verlangte, weil er durch ihre Schuld aus der Malzfabrik entlassen worden sei. Nicht nur, daß der Klageanspruch an sich als gerechtfertigt anerkannt wurde, das Gericht hat auch bei der Bemessung der Höhe des Schadenersatzes dem Arbeitswilligen großes Wohlwollen bewiesen. Er erhält den in der Malzfabrik verdienten Lohn nicht nur für die Zeit, in der er arbeitslos war, auch für die Zeit, in der er gegen geringeren Lohn in anderen Betrieben gearbeitet hat und in der er krank war, soll ihm die Differenz zwischen dem Lohn in der Malzfabrik und dem geringeren Lohn bzw. dem Krankengeld nachbezahlt werden. Ingesamt sind die Beklagten verurteilt, dem Arbeitswilligen Klaus 1100 Mk. zu zahlen, doch steht es

diesem frei, für etwaige künftige Nachteile weiteren Schadenersatz zu fordern.

Das Urteil gründet sich auf den § 828 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welcher lautet: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Erfasse des Schadens verpflichtet.“ Die Auslegung, die diesem Paragraphe hier gegeben wurde, kann zu recht schlimmen Konsequenzen für die Unternehmer führen. Sie sind hiernach gemäß regelten Arbeitern oder solchen, die sie auf die schwarze Liste gesetzt haben, Schadenersatzpflichtig. Bekanntlich sind solche Vorkommnisse recht häufig, und wenn in allen Fällen Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden, dann kann den Unternehmern die Besriedigung ihrer Verfolgungswut gegen die Wortführer der Arbeiter einen hübschen Wägen Geld kosten — vorausgesetzt, daß die Gerichte bei Klagen, die sich gegen Unternehmer richten, in der gleichen Weise entscheiden. Wir haben allerdings guten Grund, das zu bezweifeln, denn für die deutsche Justiz gilt immer noch der Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe.

Wieder ein Erpressungsurteil. Nach einer längeren Pause hat die deutsche Justiz wieder eines der aufreizenden Urteile gefällt, durch welche die Agitation für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation als Erpressung gebrandmarkt wird. Auf einem Bau in Sangerhausen fing im Oktober 1912 ein unorganisierter Maurer an. Er wurde zum Beitritt in den Verband aufgefordert und erklärte sich auch dazu bereit, doch zog er nachher die bereits erfolgte Anmeldung wieder zurück. Darauf weigerten sich die organisierten Maurer mit ihm weiter zu arbeiten. Der Unorganisierte wurde alsdann, da er auch den Rat des Posters, sich mit seinen Kollegen zu einigen, unbeachtet ließ, entlassen. In diesem Tatbestand erblickte die Strafkammer in Nordhausen fortgesetzt, teilweise vollendete und teilweise versuchte Erpressung und verurteilte die zwei angeklagten Maurer zu je zwei Monaten Gefängnis. In der Begründung dieses Urteils wird ausgeführt, daß die Angeklagten mit der Arbeitseinstellung gedroht hätten. Der Zweck der Drohung sei nicht nur der gewesen, den Nichtorganisierten zum Beitritt zum Verband zu veranlassen, sondern auch der Kasse neue Mittel zuzuführen. Da ein Anspruch darauf nicht bestanden habe, so seien sämtliche Tatbestandsmerkmale für vollendete und versuchte fortgesetzte Erpressung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches gegeben.

Wegen dieses Urteil wurde Revision eingelegt, die aber vom Reichsgericht in dessen Sitzung vom 12. Juli verworfen wurde. Damit hat der höchste Gerichtshof erneut den Grundsatz bestätigt, daß das Verben von Mitgliedern für die Gewerkschaften, wenn hierbei eine „Drohung“ erfolgt, ein infamierendes Verbrechen ist. Wohl gemerkt, es braucht keineswegs die Androhung einer strafbaren Handlung in Frage zu kommen; das in Aussichtstellen einer an sich durchaus berechtigten Maßnahme, die nur dem Betroffenen unangenehm wäre, genügt völlig, um den Tatbestand des § 253 des Strafgesetzbuches zu erfüllen. Natürlicher wird dieser Paragraf nur dann in Anwendung gebracht, wenn es sich um eine Gewerkschaft handelt. Die sehr empfindlichen Maßnahmen, welche Unternehmerorganisationen, insbesondere auch die Kartelle, nach vorheriger Androhung gegenüber Außerstehenden anwenden, um sie zum Anschluß an die Vereinigung zu zwingen, haben noch nie eine Staatsanwaltschaft — bekanntlich die objektivste Behörde der Welt — zum Einschreiten veranlaßt. Und die Innungsgesetzgebung stellt geradezu den Handwerker die staatlichen Machtmittel zur Verfügung, um gegebenenfalls die Unternehmer gegen ihren Willen in die Organisation zu zwingen. Aber was bei den Unternehmern als selbstverständliches Recht angesehen wird, gilt, wenn es von Arbeitern unternommen wird, als verabscheuungswürdiges Verbrechen. — Das ist deutsche Justiz!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Notstandskasse betreffen. Denjenigen Ortsverwaltungen, welche Mitglieder in der Notstandskasse haben, gehen neue Satzungen zu. Diese sind beim Beitragzahlen den Mitgliedern auszuhändigen, dagegen die alten Satzungen einzuziehen und zu vernichten. Dieser Umtausch erfolgt um deswillen, weil der seitherige § 3, der gar keine Geltung mehr hat, nachträglich zu allerlei Unzuträglichkeiten geführt hat. § 12 ist aus bestimmten Gründen gestrichen, ohne daß den Bezugsberechtigten irgendein Nachteil erwächst. Die Gründe werden der nächsten Generalversammlung unterbreitet. Die Agitation für die Notstandskasse ist vollständig erlahmt und ersuchen wir daher die Ortsverwaltungen, die Mitglieder, die noch fernstehen, zum Eintritt zu bewegen. Bisher gehört noch nicht der siebente Teil der Kassemitglieder dieser Kasse an. Von vielen Orten ist gar kein Beitritt eingegangen. Der Vorstand: G. Blume, Vorsitzender.

Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands!

Vom 15. bis 23. September d. J. finden in den nachstehend aufgeführten Orten Agitationsversammlungen für die in der Musikindustrie Beschäftigten statt. Das Thema für alle Versammlungen lautet:

Wie werden die Interessen der Musikinstrumentenarbeiter im Deutschen Holzarbeiter-Verband gewahrt?

Kollegen und Kolleginnen! Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unseres Berufes, die Gleichgültigkeit, mit der ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen der Musikindustrie den Bestrebungen der Organisation gegenübersteht, der immer mehr fortschreitende Zusammenschluß unserer Arbeitgeber, erfordern dringend eine Aussprache und Verständigung. Soll die Existenzmöglichkeit der Angehörigen unserer Industrie durch weitere Einführung der Teilarbeit und Änderung der Produktionsform nicht noch mehr in Frage gestellt werden, dann muß der Zusammenschluß aller Musikinstrumentenarbeiter erfolgen. Ihn vorzubereiten und zum guten Ende zu führen, ist der Zweck der geplanten Versammlungen, und es ist deshalb Ehrenpflicht aller Berufskollegen und -Kolleginnen, an ihnen teilzunehmen.

Einigkeit ist das Zauberwort!

- Die Versammlungen finden statt in:
- Altbach b. Schillingen, Donnerstag, 18. September, 5 1/2 Uhr abends, Gasthof „Zum Löwen“.
- Altenburg, Dienstag, 16. September, 8 1/2 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Hiltgasse 4.
- Andernach a. Rh., Donnerstag, 18. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. Israel, Koblenzer Straße 25.
- Apenrade, Sonnabend, 20. September, 8 Uhr abends, Rest. „Kolosseum“.
- Ashaffenburg, Dienstag, 16. September, 6 1/2 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Riefengasse 5.
- Bamberg, Dienstag, 16. September, 8 Uhr abends, Restaurant „Victoria“, Wilhelmplatz.
- Barmen, Mittwoch, 17. September, 8 1/2 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Parlamentsstr. 3.
- Bayreuth, Montag, 15. September, 8 Uhr abends, „Zentralhalle“.
- Berlin, Dienstag, 16. September, 8 1/2 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Bielefeld, Donnerstag, 18. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. „Harmonie“, Obertornwall.
- Bonn, Mittwoch, 17. September, 8 Uhr abends, Lokal „Wilhelmshöhe“.
- Braunschweig, Freitag, 19. September, 8 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Werder 32.
- Bremen, Dienstag, 16. September, 6 1/2 Uhr abends, Gewerkschaftshaus.
- Dresden, Dienstag, 23. September, 8 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Zimmer 12.
- Drieg, Montag, 22. September, 8 Uhr abends, Rest. „Zum Bürgerheim“.
- Drunndöbra, Montag, 22. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. „Reichsadler“.
- Cassel, Sonnabend, 20. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. „Al. Stadtpart“, Obere Karlstr. 17.
- Coblenz, Freitag, 19. September, 8 Uhr abends, „Zum Rheingold“, Rheinstr. 12.
- Dresden, Dienstag, 16. September, 6 1/2 Uhr abends, „Volkshaus“, Nützenbergstr. 2.
- Ebersbach, Donnerstag, 18. September, 8 Uhr abends, Gasthof „Zur böhmischen Nordbahn“.
- Eilenburg, Montag, 15. September, 6 1/2 Uhr abends, Gewerkschaftshaus „Livol“.
- Eilenburg, Freitag, 19. September, 6 Uhr abends, Hotel „Stadt Leipzig“.
- Finkenwalde bei Stettin, Dienstag, 18. September, 6 Uhr abends, Rest. Tripp.
- Frankfurt a. M., Montag, 15. September, 6 1/2 Uhr abends, „Zum Württemberger Hof“, Schwälmerstr. 13.
- Frankfurt a. M., Montag, 15. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. „Friedrichshöhe“, Gubener Straße 21.
- Freiburg i. Br., Montag, 22. September, 8 Uhr abends, Rest. „Freischütz“.
- Gera, A. J. L., Sonnabend, 20. September, 8 Uhr abends, Gasth. „Zum Adler“, Hospitalstraße.
- Giengen a. d. Brenz, Sonnabend, 20. September, Gasth. „Zum Waldhorn“.
- Göttingen, Sonntag, 21. September, 10 1/2 Uhr vormittags, Rest. „Kaiserhalle“.
- Gotha, Dienstag, 16. September, 5 Uhr nachmittags, Volkshaus „Zum Mohren“.
- Hagen, Montag, 15. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. Berghaus, Hoch- und Goldbergstraßen-Ecke.
- Halle a. S., Montag, 15. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. „Englischer Hof“, Gr. Berlin 14.
- Hamburg, Montag, 15. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. G. Eberhardt, Eimsbütteler Straße 12.
- Hannover, Mittwoch, 17. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. Rippel, Bergstr. 9.
- Heilbronn, Dienstag, 16. September, 6 Uhr abends, Gasthof „Zur Rose“.
- Hettstedt, Montag, 22. September, 8 Uhr abends, Gasth. „Zum braunen Hirsch“.
- Jena, Donnerstag, 18. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. „Solidarität“, Jena-Ost.
- Kirchheim u. L., Freitag, 19. September, 6 Uhr abends, Gasth. „Zum Pech“.
- Klingenthal, Sonntag, 21. September, 5 1/2 Uhr abends, „Schützenhaus“.
- Krefeld, Freitag, 19. September, 7 Uhr abends, Volkshaus, Breite Straße 25.
- Sangerberg, Sonntag, 21. September, 3 Uhr nachmittags, Rest. „Zum Kaiserhof“.
- Leipzig, Dienstag, 16. September, 6 1/2 Uhr abends, Volkshaus, Zeißer Straße 32.
- Liegnitz, Sonnabend, 20. September, 8 Uhr abends, Rest. „Reichsadler“, Nikolaistraße.
- Löbau i. S., Mittwoch, 17. September, 6 1/2 Uhr abends, Hotel „Zum goldenen Schiff“.
- Ludensweiler, Donnerstag, 18. September, 6 Uhr abends, Rest. Gerhardt, Belziger Straße 34.
- Ludwigsburg, Mittwoch, 17. September, 6 Uhr abends, Gasth. „Zum Falken“.
- Markneukirchen, Sonnabend, 20. September, Rest. „Perlschloßchen“.
- Meißen, Montag, 15. September, 5 1/2 Uhr abends, Rest. „Kaisergarten“.
- München, Montag, 22. September, 8 Uhr abends, Rest. „Zum goldene Lamm“, Zweigstr. 4.
- Münster, Sonntag, 21. September, 11 Uhr vormittags, Rest. Brinkmann, Crummertingen.
- Neuenrade b. Aken, Sonnabend, 20. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. „Kaisergarten“.
- Oberpöllnitz, Sonnabend, 20. September, 9 Uhr abends, Rest. Schumann.
- Oettingen, Freitag, 19. September, 8 Uhr abends, Gasth. „Zum weißen Hof“.
- Osnabrück, Montag, 22. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. Keynack, Ramp 50/51.
- Osterried, Sonnabend, 20. September, 8 Uhr abends, Rest. „Preußischer Hof“.
- Plauen i. V., Freitag, 19. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. Tulpe, Blumenstr. 4.
- Rudolstadt, Freitag, 19. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. „Gambrius“, Lengfelder Straße 29/30.
- Saarlöben, Mittwoch, 17. September, 6 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Gerberstr. 24.
- Sangerhausen, Sonntag, 21. September, 3 Uhr nachmittags, Rest. „Hermitage“.
- Schmölln, S.-A., Montag, 15. September, 6 Uhr nachmittags, Rest. „Zur Börse“.
- Schweidnitz, Sonntag, 21. September, 10 1/2 Uhr vormittags, Gasth. „Zu den drei Polen“.
- Schwelm, Dienstag, 16. September, 6 Uhr abends, Rest. Mohnhaus, Kaiser-Friedrich-Platz.
- Schwerin i. M., Sonnabend, 20. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. „Schalia“.
- Seiffenhersdorf, Freitag, 19. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. „Zum Schweizerhaus“.
- Stettin, Mittwoch, 17. September, 6 Uhr abends, Volkshaus, Gr. Oderstr. 18—20.
- Stuttgart, Donnerstag, 18. September, 6 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Eßlinger Straße 17—19.
- Triptis, Sonntag, 21. September, Rest. „Felsenkeller“.
- Trossingen, Sonnabend, 20. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. „Zum Schloßle“.
- Ulm a. D., Sonntag, 21. September, 9 1/2 Uhr vormittags, Gast. „Im alten Hasen“, Frauenstraße.
- Untersachsenberg, Sonntag, 21. September, 3 Uhr nachmittags, Gasth. Weidlich, Schwaderbach.
- Völsperbach, Sonntag, 21. September, 10 Uhr vormittags, Gasthof „Zum Adler“.
- Waldkirch, Dienstag, 23. September, 8 1/2 Uhr abends, Rest. Eglau.
- Weikersheim, Mittwoch, 17. September, 8 1/2 Uhr abends, Brauerei Denninger.
- Weimar, Mittwoch, 17. September, 6 Uhr abends, Volkshaus.
- Werdau, Mittwoch, 17. September, 6 Uhr abends, Rest. „New-Yorker Hasen“.
- Wesel, Donnerstag, 18. September, 7 Uhr abends, Rest. A. Dohling, Ecke Baustraße.
- Zeitz, Donnerstag, 18. September, 6 1/2 Uhr abends, Rest. „Schützenhaus“.
- Zenkeroda, Donnerstag, 18. September, 5 Uhr nachmittags, Gasth. „Zur Brauerei“, Am Bahnhof.

Veranstaltungs-Anzeigen.

Offen a. Mulh. Parteil. Legen. Jeden 2. Sonntag im Monat vorm. 10 1/2 Uhr Sektions-Versammlung im Restaurant Vornwaldsch. Mollstr.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis...

Maschinenarbeiter von 10-12 Uhr vormittags. Kleinfabrikanten von 10-12 Uhr nachmittags. Möbelpolierer von 8-11 Uhr nachmittags.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Neust. Markt 2.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Weider 32, II.

Breslau. Die Gerberge befindet sich seit 1. Juli d. J. im Neubauten Gewerkschaftshaus Margaretenstraße 17.

Bunzlau. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen sich zuvor über die diesigen Arbeitsverhältnisse erkundigen.

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 19.

Döbeln. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pt.

Erfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Rathaus, Geisstraße 32.

Frankenberg i. C. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, bei dem Kassierer...

Freiburg. Das Amtshaus ist in unserer Zahlstelle streng verboten.

Großhesselohe. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Herrschaftlichen H. Gulich, Grenzweg 87.

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Rathaus, Geisstraße 32.

Maria. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Zangasse 13, St. 1.

Mittweide. Kollegen. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Schöningen. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng ersucht, nur unsere Arbeitsnachweis zu benutzen.

Suhl. Die Arbeitsvermittlung für alle Branchen befindet sich im Rathaus, Geisstraße 32.

Thüringen. Das Amtshaus ist in unserer Zahlstelle streng verboten.

Waldenburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Waldenburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Waldenburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Waldenburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Waldenburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Waldenburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich beim Kollegen Kurt Schmidt.

Heinrich Reinartz, Tischler, Buchn. 509 880, am 27. 8. d. J. aus Köln abgereist, wird von seiner Frau gesucht.

Lud. Scheffer, Tischler, Buchn. 271 700, wird aufgefunden, sofort seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Müdensfeld nachzukommen.

Willy Seiffel, Tischler, geb. am 2. Juli 1895, sende seine Adresse an meine besagten Eltern.

Friedrich Lange, Tischler, geb. d. April 1801, in Ostsch., zuletzt in Oresomischen l. Mecklg., in Arbeit, wird ersucht, seine Adresse unverzüglich an den Unterzeichneten mitzuteilen.

Suche noch einige tüchtige Tischlergesellen auf eichene Schlafzimmer bei dauernder Arbeit.

Ein erfahrener Tischlergeselle erhält sofort dauernde Beschäftigung auf Bau u. Möbel (ohne Maschinenbetr.) in einem größeren Dorf.

Gesucht wird zum sofortigen Eintritt ein junger, guter Modell- und Ladentischler für Möbel aus gebogenem Holze.

Ein tüchtiger Tischler für Wisett und Schreibische stellt sofort ein.

Flotte, tüchtige Möbeltischler auf gute polierte Arbeit gesucht. Hoher Lohn, dauernde Arbeit.

Neuer tüchtiger Fräser sofort gesucht. Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., Mengersinghausen (Waldeck).

Tüchtiger Stuhlbauer für bessere Sachen, der auch etwas zuschneiden kann, gesucht von Kaver Wild, Süstth i. Ban.

Tüchtige Polierer finden sofortige Einstellung bei Guido Franz, Poliermeister, Neuhausen, Bez. Dresden.

Polierer auf bessere Stuhlgestelle, erfahren in Beizen und Stuhlpolieren per sofort für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn gesucht.

Ein tüchtiger Raspler und Fräser nach Norddeutschland wird verlangt. Meldungen erbeten an den Zentralarbeitsnachweis f. d. Holzindustrie, Berlin SO. 16.

Für unsere hiesige Fabrik suchen wir einen tüchtigen Ovaldrechser, welcher nachweislich mit Erfolg an einem Ovalwerk gearbeitet hat.

Selbständiger Kehler zum Anstellen von vierseitigen Kehlmaschinen bei hohem Afford-lohn gesucht.

2 tücht. Vergolder für Ovalrahmen sucht K. Berger, Leipzig, Colmannenstr. 3.

Tüchtige Kammacher u. Schleifer finden dauernde Beschäftigung.

3 bis 4 tüchtige Korbmacher auf Gemalt stellt sofort ein.

Gesucht 2 Korbmachergehilfen auf Roharbeit (Brotverwand- und Kohlenforbe).

Suche sofort einen Korbmacher auf grün Gemalt bei Wochenslohn u. dauernd. Beschäft.

1 Korbmacher auf grüne Mattarbeit für sofort und dauernd gesucht.

Suche einen jüngeren Korbmacher auf Grün für sofort.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Grün-gehlagen und Mattarbeit sucht sofort.

Suche 1-2 Gestellarbeiter auf Beddig-rohmöbel. Es wollen sich nur solche melden, die wirklich auf Beddigmöbel perfekt sind.

Ein tüchtiger Bürstenmachergehilfe für sofort auf Besen, Wischen und Einzichen gesucht.

Einem Holzarbeiter für Pantinenhölzer (Lohn 9, 10, 11 Pf. pro Paar) stellt ein Franz Herrmann, Nowawes, Lurstr. 2.

Tüchtiger Handrundschnneider für bessere Weinkorben per sofort gesucht.

Tücht. Werkmeister für erstklassige Möbelfabrikation, Ladeneinrichtungen und Wirtschaftsbüffets bei hohem Gehalt per 1. 10. oder später gesucht.

Nur erfahrene leistungsfäh. Herren m. nachweisb. Erf. werd. berücksichtigt.

Eine Tischlerei ist in der Nähe von Bremen krankheits-halber zu verkaufen.

Gelegenheit zur Selbständigkeit evtl. lohnender Nebenbetrieb!

Die Fabrikations-Einrichtung für kleinen Holzmassenartikel für Haushalt, bestehend aus Universal-Sägemaschine, Drehbank, Elektromotor u. Transmiss., sowie größerer Posten fertiger u. halbfertiger Fabrikate, ist anderer Untern. wegen preiswert abzugeben.

Bingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten. Patent-Schraubenzieher Original Nr. 30, ausgezogen-Länge 50 cm, mit 3 Ringen a 4,50 MM.

Der Astennmacher Preis 20.- Mk. und 7 Abhandlungen über Windschuh-puppen, Preis 13,50 Mk., von Feldwadel in Wien.

Leichte Arbeit hat, wer sich zunüch macht, was andere erfahrene Holzgewerbeten in ihrer Praxis herausgefunden und erprobt haben.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Berwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 23. August, bis Freitag, 29. August 1913.

Table with columns for Ort, Branche, and counts. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eisenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Lübeck, and Zusammen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H. in Berlin SO. 16.

Paul Horn Poltur- und Lackfabrik Hamburg 23. Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft sind Peha-Matt, meine nach mein wasserrechtliches, eigentümliche Vorfahren hergestellten und gereinigten Schellack-polituren und meine hochmodernem Holzbeizen, die sich durch besondere Farbpracht auszeichnen.



Quittungs-Marken und Kautschuk-Steinpell liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 7A.

Streiche Tischler-Fachschule Cöthen. Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Ausherkunft frei. DIREKTOR KOLSCHER.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt im Handelskursen. Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche.

Kunftgewerbliche Tischlerchule Blankenburg, H. 2. Programm frei. Direktor Reineking.

Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau. Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallisen.